Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2689

21. 07. 88

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 6. bis 9. Juni 1988

Während des ersten Teils ihrer 34. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidiums der Versammlung

Politische Fragen

- Zweiter Teil des 33. Jahresberichtes des Rates der WEU

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 18, 19), Dr. Mechtersheimer (S. 18), Prof. Dr. Soell (S. 18)

- Der Aufbau der europäischen Sicherheit (*Empfehlung 457*, S. 17)

  Hierzu sprachen die Abg. Antretter (S. 15), Dr. Ahrens (S. 17)

- Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada in Sicherheitsfragen (*Empfehlung 459*, S. 25)

  Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 24)

- Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt, David Mellor (Vereinigtes Königreich)

  Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 12)

- Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer (S. 19)

  Hierzu sprachen die Abg. Frau Dr. Timm (S. 22), Dr. Ahrens (S. 23), Schmidt (München) (S. 23) und Dr. Klejdzinski (S. 24)

- Ansprache des Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten, Gianni Manzolini (Italien)

Verteidigungsfragen

— Abrüstung (*Empfehlung 460*, S. 29)

Hierzu sprachen die Abg. Kittelmann (S. 27, 29), Reddemann (S. 28), Frau Dr. Timm (S. 29)

— Seeluftstreitkräfte (*Empfehlung 456*, S. 14)

Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 13)

— Die Einschätzung der Bedrohung

Hierzu sprachen die Abg. Steiner (S. 10), Reddemann (S. 11), Kittelmann (S. 12)

— Ansprache von Verteidigungsminister Willem van Eekelen (Niederlande)

Wissenschaft und Technik

— Die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsforschung und -entwicklung/Leitlinien aus dem Kolloquium (*Empfehlung 455*, S. 9)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 6), Dr. Klejdzinski (S. 7)

— Ansprache des Vorsitzenden der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, Verteidigungsminister Narcis Serra (Spanien)

Haushalt

— Stellungnahme zum Haushalt 1987 (rev.) und 1988 der ministeriellen Organe der WEU *(Empfehlung 458)* *)

Hierzu sprachen die Abg. Antretter (S. 15), Dr. Ahrens (S. 17)

Geschäftsordnungsfragen

— Änderung und Auslegung der Geschäftsordnung *(Beschluß 2)* *)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

— Die Auswirkung der Tätigkeiten der Versammlung der WEU auf die Parlamente und die Öffentlichkeit (*Richtlinie 71*, S. 30)

Die Reden und Fragen der deutschen Abgeordneten sind nachstehend mit den betreffenden Beschlüssen im Wortlaut abgedruckt, die Antworten sind zusammengefaßt wiedergegeben.

*) Von einem Abdruck wurde abgesehen.

Die Versammlung wählte Abg. Charles Goerens (Luxemburg) wieder zu ihrem Präsidenten und Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell zu ihrem deutschen Vizepräsidenten. Ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt wurden Abg. Peter Kittelmann als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, Abg. Dr. Karl Ahrens als Vorsitzender des Politischen Ausschusses sowie Abg. Frau Doris Pack als stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses.

Zur Versammlung sprachen der amtierende Ratsvorsitzende, Außenminister Hans van den Broek (Niederlande), Verteidigungsminister Narcis Serra (Spanien), gleichzeitig Vorsitzender der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, Verteidigungsminister Willem van Eekelen (Niederlande), der Staatsminister im Auswärtigen Amt, David Mellor (Vereinigtes Königreich), der Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer, der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Gianni Manzolini (Italien), sowie der Generalsekretär der WEU, Alfred Cahen.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Portugal, Spanien und der Türkei teil.

Zu den nachstehend aufgeführten Beschlüssen nebst den dazugehörigen Berichten, die den Parlamentspräsidenten gesondert zugeleitet wurden, empfahl der Ausschuß für die parlamentarischen Beziehungen eine Debatte in den nationalen Parlamenten:

- *Empfehlung 455:* Die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsforschung und -entwicklung/Leitlinien aus dem Kolloquium (S. 9)
- *Empfehlung 457:* Der Aufbau der europäischen Sicherheit (S. 17)
- *Empfehlung 459:* Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada in Sicherheitsfragen (S. 25)
- *Empfehlung 460:* Abrüstung (S. 29)
- *Richtlinie 71:* Die Auswirkung der Tätigkeiten der Versammlung der WEU auf die Parlamente und die Öffentlichkeit (S. 30)

Schwerpunkte der Plenarverhandlungen

Während die Versammlung bemängelte, daß die internationale Öffentlichkeit von der Wiederbelebung der Westeuropäischen Union noch kaum Kenntnis genommen habe, sprach der Generalsekretär der WEU, Alfred Cahen, von einem hier eingetretenen positiven Wandel. Von den USA würde die WEU als die „Stimme Europas" bezeichnet.

Einhellig begrüßt wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal. Die Erweiterung der WEU könne, so u. a. der wiedergewählte Präsident Charles Goerens (Luxemburg) und der spanische Verteidigungsminister Marcis Serra, die WEU in ihrer Rolle als „europäischer Verteidigungspfeiler" stärken, und

zwar innerhalb der NATO, wie mehrfach in Richtung Transatlantik betont wurde. Die zunehmende Bedeutung der WEU für die Sicherheit Europas und hinsichtlich eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses innerhalb des Atlantischen Bündnisses wurde auch vom Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer, unterstrichen. Durch die sicherheitspolitische Dimension der Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten werde die europäische Integrationspolitik gefördert.

Um der Kostenflut im Rüstungsbereich aufgrund sich überlagernder nationaler Programme zu begegnen, rief die Versammlung zu verstärkter rüstungspolitischer Kooperation auf. Sie empfahl die Gründung einer Europäischen Agentur für hochtechnologische Forschung im Bereich der Verteidigung. Umstritten war die Forderung, die für die Rüstungskooperation zuständige Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) mit einem ständigen internationalen Sekretariat auszustatten, da zahlreiche Parlamentarier eine Aufblähung der Bürokratie auf internationaler Ebene befürchteten.

Während der britische Staatsminister im Auswärtigen Amt, David Mellor, die Hoffnung ausdrückte, daß die Länder, deren Verteidigungsausgaben unterhalb des WEU-Durchschnittes lägen, ihre entsprechenden Anstrengungen vergrößerten, warnten neben einzelnen Delegierten der niederländische Verteidigungsminister Willem van Eekelen sowie der italienische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Gianni Manzolini, davor, das Thema der Verteilung der Verteidigungslasten unter vorwiegend haushaltspolitischen Gesichtspunkten zu erörtern. Die Mitglieder der Versammlung betonten die Notwendigkeit einer gerechten Lastenverteilung, die allerdings mit einer besseren Verteilung der politischen Verantwortlichkeiten im Bündnis verbunden sein müsse. Regelmäßige politische Konsultationen — auch als Beitrag zum Abbau transatlantischer Mißverständnisse — seien unerläßlich.

Kontrovers verliefen die Beratungen über den vom britischen Abg. Stokes vorgelegten Bericht zur Einschätzung der Bedrohung des Westens, der bereits während der Tagung der Versammlung vom 30. 11. bis 3. 12. 1987 in Paris an den Ausschuß für Verteidigungsfragen und Rüstung zurückverwiesen worden war. Kritisiert wurde an dem überarbeiteten Empfehlungsentwurf, daß er unausgewogen und überholt sei und sich negativ auf die Ost-West-Beziehungen auswirken könnte. Jüngste Entwicklungen innerhalb der Sowjetunion und Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen seien im Bericht nicht ausreichend berücksichtigt. Der Entwurf wurde abgelehnt.

In dem Bericht über die Tätigkeit des Rates räumte der amtierende Vorsitzende, der niederländische Außenminister Hans van den Broek ein, daß über die Frage der Umstrukturierung und eines gemeinsamen Sitzes der ministeriellen Organe der WEU noch keine Einigung erzielt worden sei. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten tendiere bisher für Brüssel. Er stimmte der Forderung der Dele-

gierten zu, insbesondere hinsichtlich der Reorganisation der Agenturen eine baldige Entscheidung herbeizuführen.

Nach anfänglich kontroverser Debatte wurde weitgehende Übereinstimmung über einen Empfehlungsentwurf zur Abrüstung erzielt, der den Delegierten kurzfristig vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem deutschen Abg. Peter Kittelmann, als Antwort auf die Ratifizierung des INF-Vertrages vorgelegt worden war. Neben der Forderung nach rascher Aufnahme von Verhandlungen über die konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Ural sowie nach einem verifizierbaren Abkommen über eine mindestens 50%ige Reduzierung der strategischen Kernwaffen drängte die Versammlung auch auf Fortschritte bei allen drei Körben der KSZE, insbesondere bei den Menschenrechten.

Bonn, den 10. Juli 1988

Dr. Karl Ahrens, MdB	**Wilfried Böhm (Melsungen), MdB**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Montag, 6. Juni 1988

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidialausschusses

(Drucksache 1143)

Berichterstatter: Abg. Sarti (Italien)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des spanischen Verteidigungsministers und Vorsitzenden der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, Narcis Serra

(Themen: Europäische Zusammenarbeit in Rüstungsfragen — Rolle der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) — EDIS-Bericht: „Für ein starkes Europa" — Beitritt von Spanien und Portugal — Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis)

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsforschung und -entwicklung/Leitlinien aus dem Kolloquium

(Drucksache 1141)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Aufwendungen für die Rüstungsforschung — Rationellerer Einsatz der Verteidigungsaufwendungen — Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) und ständiges Sekretariat — Gründung einer Europäischen Agentur für Verteidigungsforschung)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem sehr geschätzten Kollegen Wilkinson recht herzlich dafür danken, daß er uns so eine übersichtliche Darstellung der Ergebnisse des Kolloquiums vorgelegt hat. Ich glaube, dieses Kolloquium und der Bericht des Kollegen Wilkinson sind ein wichtiger Beitrag dazu, in einer aktuellen Phase europäischer Einigungsbemühungen auf einem Gebiet, das sowohl für die Industrie als auch für die Verteidigung von großer Bedeutung ist, entscheidende Schritte nach vorn zu machen.

Ich glaube, wenn man über dieses Thema spricht, sollte man zunächst einmal drei Grundsätze in den Vordergrund stellen.

Zunächst einmal ist da die allgemeine politische Lage. Wir wissen, daß in die Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten Bewegung gekommen ist, und wir wissen, daß vor allem innerhalb der Sowjetunion selbst ebenfalls Veränderungen im Gange sind. Es gibt in den westlichen Staaten viele — wir wissen das auch durch Meinungsumfragen —, die sich meiner Ansicht nach Illusionen über die Tragweite dieser Bewegung machen. Das INF-Abkommen, das unterschrieben und ratifiziert wurde, weitere Bemühungen im Bereich der Abrüstung, die vielleicht eintreten könnten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frage der **Sicherheit der Länder Europas** nach wie vor vor dem Hintergrund eines hohen Militärpotentials in der Sowjetunion und in den Staaten des Warschauer Paktes gesehen werden muß. Gerade im Hinblick auf das INF-Abkommen ist es von Bedeutung, daß die konventionelle Komponente in den Rüstungsanstrengungen heute eine viel größere Bedeutung gewinnt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Fragen der konventionellen Rüstung und Bewaffnung werden also auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen. Es ist aus einer allgemeinen Abrüstungseuphorie heraus sicher nicht damit zu rechnen, daß diese Bereiche sozusagen keine so bedeutende Rolle mehr spielen könnten.

Das zweite Problem: Wir erleben in einigen Ländern der WEU und der NATO jetzt und in den nächsten Jahren zunehmende Auseinandersetzungen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der **Präsenzstärke der entsprechenden Verteidigungsstreitkräfte,** und zwar einfach durch die Entwicklung der Geburtenjahrgänge, des Bevölkerungsaufbaus, so daß der Druck, der hier über die Personalpolitik, wenn ich das einmal so sagen darf, auf die Verteidigungsanstrengungen zukommt, eventuell dadurch ausgeglichen werden muß, daß entsprechend qualifiziertere Waffen gerade im konventionellen Bereich entwickelt und zum Einsatz gebracht werden müssen.

Das dritte Problem, das in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist die Frage des Budgets der jeweiligen **Aufwendungen der Mitgliedstaaten der WEU** für ihren Verteidigungsbereich. Wir wissen, daß die Haushalte der Mitgliedsländer aus den verschiedensten Gründen zum Teil außerordentlichen Belastungen ausgesetzt sind. Auch Fragen der Demographie, der Rentenzahlungen und ähnliches spielen hier langfristig eine Rolle. Das bedeutet, daß auch unter dem Druck der öffentlichen Meinung in dem Bereich des Budgets bei den Verteidigungsausgaben sicher mit allergrößter Sparsamkeit und außergewöhnlicher Rationalisierung vorgegangen werden muß. Das hat die Konsequenz — dies geht auch aus dem Symposion hervor, das hier abgehalten wurde —, daß im Bereich der Forschung die Bedürfnisse gerade unter operativen Aspekten für die Verteidigungsstreitkräfte abgeklärt werden müssen. Es geht also um die Frage, was notwendig ist, um die Sicherheit der Verteidigung aufrechtzuerhalten, welche Waffen, welche Waffensysteme, welche sonstigen Anstrengungen notwendig sind und entwickelt werden müssen. Dies bedeutet, daß eine solche Forschung gemeinsam zu erfolgen hat, weil gerade unter den Aspekten des Budgets, die ich schon erwähnt habe, gemeinsame Anstrengungen übernational hier aus Gründen der Rationalisierung sicher vernünftig sind.

In dem Zusammenhang wird langfristig auch die Überlegung eine Rolle spielen, inwieweit entsprechende Waffensysteme standardisiert und genormt werden können, so daß sie allgemein in allen Streitkräften der westlichen Allianz eingesetzt werden können.

Der vierte Punkt betrifft schließlich nicht nur die Forschung und Entwicklung, sondern auch die **gemein-**

same Produktion der dann so entwickelten Waffen oder Waffensysteme. Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß der **Artikel 223 des Vertrags von Rom** hier gerade für den Bereich des Militärs oder der militärischen Forschung und der entsprechenden Industrie ganz besondere Vorbehalte vorsieht. Wir wissen aber auch, daß diese Vorbehalte nicht unbedingt von der Praxis gedeckt werden. Ich darf darauf hinweisen, daß in diesen Tagen der Vizepräsident der EG-Kommission, Herr Narjes, bekanntgegeben hat, daß ein gemeinsames **Programm der Europäischen Gemeinschaften im Bereich der Flugzeugforschung** mit der Begründung entwickelt werden soll, daß hier langfristige Vorläufe von 15 Jahren notwendig sind, derartige Aufwendungen national nicht mehr getragen werden können. In der Begründung dieser EG-Initiative weist Vizepräsident Narjes darauf hin, daß zumindest 90 % dieses zunächst als zivil angelegten Forschungsprogramms im Bereich der Flugzeugentwicklung auch eine militärische Komponente haben. Dies weist bereits darauf hin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß die Verbindungen zwischen rein militärischer Forschung und dem zivilen Bereich natürlich sehr, sehr eng sind und der entsprechende Artikel 223 des EG-Vertrages, den ich schon zitiert habe, nicht unbedingt so eng ausgelegt werden kann.

Wir sind alle gemeinsam davon überzeugt, daß der zweite Pfeiler der NATO, die europäische Komponente, gestärkt werden muß. Gerade diese Stärkung hat die Voraussetzung, daß gemeinsames Forschen, gemeinsame Entwicklung und gemeinsames Produzieren der entsprechenden Waffen eine große Rolle spielen muß.

Ich möchte vor allem auch die Forderungen in der Entschließung, über die wir abzustimmen haben, unterstreichen, daß die **WEU-Versammlung** der richtige Gesprächspartner für die **IEPG** ist und daß diese Gespräche institutionalisiert werden sollten, so daß hier also ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen den parlamentarischen Elementen unserer Länder und den entsprechenden counter parts stattfindet. Auch die Einrichtung eines ständigen Sekretariats bietet sich hier natürlich an und sollte unterstützt werden, um diese Politik auch koordiniert, vernünftig und langfristig fortführen zu können.

Ich glaube, das, was in dem Bericht des Kollegen Wilkinson hier zusammengefaßt ist, ist ein ganz wichtiger Anstoß, auch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik zu entwickeln. Sicherheitspolitik bedeutet nicht nur etwas, was sozusagen philosophisch, über dem Boden im Raume schwebend diskutiert werden soll, sondern Sicherheitspolitik geht auch von handfesten Fakten aus. Zur Sicherheitspolitik gehören im Hinblick auf die Verteidigung sicher gemeinsame Forschung und Entwicklung und auch gemeinsame Produktion. In diesem Sinne sollten wir alle Anstrengungen machen, um Schritte nach vorn gehen zu können.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wilkinson hat uns zur Thematik einen Bericht vorgelegt, der sich durch eine bestechende Art, wie wir sie von seinen Berichten gewohnt sind, und gleichzeitig durch ein hohes fachliches Niveau auszeichnet. Der Kollege Wilkinson zieht in seinem Bericht eine Reihe von Schlußfolgerungen, und die von ihm vorgeschlagenen Empfehlungen können sicher auf eine breite Zustimmung in der Versammlung hoffen.

Manches, was der Kollege Müller gesagt hat, will ich nicht wiederholen. Ich will mich auf zwei Kernpunkte beschränken. Meine besondere Aufmerksamkeit gilt der von Ihnen getroffenen Feststellung, daß es den Regierungen in Westeuropa trotz zahlreicher Erfolge bei gemeinsamen Ausrüstungsprojekten bislang nicht gelungen ist, durch ein vereintes Vorgehen in der militärischen Forschung überflüssige **Überschneidungen auf Grund verschiedener nationaler Forschungsprogramme** zu beseitigen. Dem kann man nur zustimmen, und das kann man nur unterstreichen.

Ich möchte mich mit einer weiteren Feststellung Ihrerseits auseinandersetzen, weil ich der Meinung bin, daß sie nicht unkommentiert stehenbleiben darf. Sicher ist die Aufrechterhaltung einer verteidigungsindustriellen Basis für uns von Bedeutung. Aber ich frage Sie: Muß es unbedingt eine starke sein? Und ich frage Sie in dem Zusammenhang weiterhin: Muß es gleichzeitig ein wirtschaftliches und ein strategisches Ziel sein, dies — wenn man so will — zu gestalten und auszuformen? Oder muß sich nicht die verteidigungsindustrielle Basis jeweils der politischen Willensbildung und der politischen Willensfindung unterwerfen?

Bei Ihrer etwas undifferenzierten Betrachtungsweise besteht doch die Gefahr, daß gerade der militärisch-technologische Industriekomplex Forschung und Technologie in Europa langfristig mehr und mehr bestimmt, daß Forschung und Technologie aus diesem Teufelskreis, den Sie sehr fundiert aufzeigen, einfach nicht mehr herauskommen und daß es kein Zurück mehr gibt? Ich meine, es ist wichtig, hier auf diese Gefahr hinzuweisen. Das politische Umfeld muß stimmen. Wir müssen uns bei unseren Überlegungen an dem jeweiligen politischen Umfeld orientieren.

Wir Sozialisten haben zu den Empfehlungen einen Änderungsantrag vorgelegt. Ich will gleich jetzt etwas dazu sagen; dann brauche ich es nachher nicht zu tun. Der Änderungsantrag lautet:

„Die Versammlung ist sich darüber im klaren, welche Bedeutung die Aufrechterhaltung einer ökonomisch-arbeitsteiligen der jeweiligen Bedrohung angepaßten verteidigungsindustriellen Basis in den Mitgliedstaaten der WEU hat."

Schluß! Aus! Nichts weiter! Alles andere weg!

Die englische Übersetzung trifft nach meiner Ansicht inhaltlich nicht ganz den deutschen Text, den ich gerade vorgetragen habe. Der englische Text müßte nach meiner Einschätzung lauten: „adapted according to the relevant threat." Das „according" ist sehr wichtig, weil der Sinn sonst nicht ganz überkommt.

Des weiteren möchte ich mich mit den Kommentaren auseinandersetzen, die Sie, Herr Wilkinson, zu den **Kolloquien in London** abgegeben haben. Sie haben dabei Kritik an der Bundesrepublik und an Italien geübt, daß wir im einzelnen nicht genügend Geld ausgeben. Herr Wilkinson, Sie haben sich wahrscheinlich

auf Berechnungen bezogen, die die **nationalen Aufwendungen für Rüstungsforschung in bezug auf das jeweilige Bruttosozialprodukt** ausweisen und denen die jeweiligen nationalen Aufwendungen für militärische und zivile Forschung gegenüberstellen.

Ich weiß, eine Erfassung vergleichbarer Daten ist schwierig, weil es erhebliche Überschneidungen zwischen zivilen und militärischen Technologien gibt. Das sollten Sie wissen, weil Sie Fachmann sind. Viele kritische Technologien — wie neue Werkstoffe, Mikroelektronik, Optronik, künstliche Intelligenz, Laser, Herstellungsverfahren — können sowohl zivil wie militärisch entwickelt werden, ein Umstand, auf den nach meinen Informationen bereits während des Kolloquiums auch EG-Vizepräsident Dr. Narjes hingewiesen hat. Hier werden die Schwerpunkte national unterschiedlich gesetzt.

Es läßt sich jedoch folgendes Bild darstellen, in das ich auch andere Partner einbeziehen möchte. Nach **Erhebungen der OECD** und anderer Stellen entfallen von den staatlichen Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung auf wehrtechnische Programme im einzelnen folgende Anteile: USA 69 %, Vereinigtes Königreich 52 %, Frankreich 31 %, die Bundesrepublik Deutschland 12 %, Italien 11 %, Dänemark 7 %, Niederlande 3 %, Belgien 2 %, Griechenland 3 %, Europa insgesamt 26 %. Addiert man die sicherheitsbezogenen Kosten der NASA, so liegt der Anteil der Vereinigten Staaten bei ca. 80 %. Im Falle des Vereinigten Königreichs enthalten die Daten auch Ausgaben für die staatlichen militärischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, in denen auch Aufgaben der Erprobung wahrgenommen werden.

Mir beispielsweise ist bekannt — und das muß man bei solch einem fachlich fundierten Bericht auch zurechtrücken dürfen —, daß in England derzeit darüber nachgedacht wird, den **Anteil der wehrtechnischen Aufwendungen** an den Gesamtaufwendungen des Staates **für Forschung und Entwicklung** erheblich zu senken. Die Zielgröße beträgt ca. 33 % in etwa fünf bis acht Jahren. Der Grund dafür — dies möchte ich mit Nachdruck unterstreichen — ist in der begrenzten Nutzung wehrtechnischer Ergebnisse für zivile Programme **(Spin-off)** zu sehen. Ich halte das für einen ganz wichtigen Gesichtspunkt.

In Deutschland und in Italien liegen die Anteile für die wehrtechnische Forschung und Entwicklung an den entsprechenden staatlichen Gesamtaufwendungen bei rund 10 %. Werden die von der Wirtschaft in diesen Ländern aufgebrachten Mittel für Forschung und Entwicklung eingerechnet, so ergeben sich für die wehrtechnischen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen weniger als 5 % der einschlägigen Gesamtaufwendungen in diesen Ländern. Dies spiegelt wider, daß in diesen Ländern 95 % der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung zivilen Projekten gewidmet werden und in beiden Ländern wehrtechnische Vorhaben als **„add-on-Programme"** auf die zivilen Ergebnisse aufgesetzt werden. Das heißt, daß hier aus der zivilen Forschung Nutzen für den wehrtechnischen Bereich gezogen wird — Spin-off-Problem — und nicht, wie in anderen Ländern, umgekehrt. Das Spin-off-Problem setzt genau von der anderen Seite her an.

Für die übrigen europäischen Länder liegt der wehrtechnische Anteil an den staatlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung noch niedriger. Bekannt ist allerdings, daß mehrere Länder — ich denke an die Niederlande, an Belgien und an die Türkei — ihre wehrtechnischen Aufwendungen im Bereich der Forschung und Entwicklung steigern wollen, um ihre Kooperationsfähigkeit für Rüstungsprojekte zu verbessern.

Es tut mir leid, daß das sehr viele Zahlen sind. Aber ich halte es für notwendig, sie an dieser Stelle einzubringen.

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt gilt folgende Aufschlüsselung für die Gesamtaufwendungen von Staat und Wirtschaft für Forschung, Technologie und Entwicklung: USA 2,8 %, Aufwendungen der Wirtschaft 1,49 %; Vereinigtes Königreich 2,2 %, Aufwendungen der Wirtschaft 1,1 %; Frankreich 2,3 %, Aufwendungen der Wirtschaft 0,99 %; Bundesrepublik Deutschland 2,8 %, wobei 1,68 % von der Wirtschaft aufgebracht werden.

Die staatlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung können dann wieder danach unterschieden werden, ob sie zivil oder wehrtechnisch sind. Im einzelnen ergibt sich dabei folgendes Bild. Die staatlichen F&E-Aufwendungen betragen in den USA 1,31 %, davon zivil 0,41 %, wehrtechnisch 0,9 %; im Vereinigten Königreich 1,1 %, davon zivil 0,53 %, wehrtechnisch 0,57 %; in Frankreich 1,31 %, davon zivil 0,91 %, wehrtechnisch 0,4 %; in der Bundesrepublik Deutschland 1,12 %, davon zivil 0,99 %, wehrtechnisch 0,13 %. Bei diesen Überlegungen sind natürlich ausgeklammert Arbeiten zu SDI, zu strategischen Systemen, zu ABC-Waffen und Bereiche der angewandten Forschung in der Bundesrepublik.

Untersucht man die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung unter dem Aspekt der konventionellen Verteidigungsfähigkeit — diese Basis wollen wir in Europa ja verbreitern —, dann ergeben sich für Forschung, Entwicklung und Beschaffung in den USA 11,4 %, im Vereinigten Königreich 9,3 %, in Frankreich 12,6 % und in der Bundesrepublik Deutschland 8,3 %.

Entwicklung und Beschaffung — das ist natürlich auch eine interessante Skala, Herr Wilkinson — machen aus bei den Vereinigten Staaten 21,4 %, beim Vereinigten Königreich 28,1 %, bei Frankreich 18,4 % und bei der Bundesrepublik 14,7 %.

Die wesentlichen Kooperationspartner und Wettbewerber am Allianzmarkt bereiten ihre Beschaffungsprogramme durchschnittlich mit mehr als 30 % Mitteln für Forschung, Technologie und Entwicklung vor, die Bundesrepublik mit nur ca. 23 %.

Herr Kollege, ich kann nur sagen: Meine Zahlen sind nachprüfbar. Ihre Aussage, Großbritannien und Frankreich wendeten einen erheblich größeren Teil ihres Bruttosozialprodukts für Rüstungsforschung auf als die Bundesrepublik und Italien — ich beziehe mich da auf die „Süddeutsche Zeitung" vom 9. März 1988 —, ist so undifferenziert, wie sie auf Grund der Veröffentlichung übergekommen ist, nach meiner Einschätzung nicht haltbar.

Meine Kolleginnen und Kollegen möchte ich um Nachsicht bitten, daß ich sie mit einer Reihe von Zahlen traktiert habe. Ich weiß, daß es unschön ist, so etwas oft zu tun. Aber ich hielt es einfach für notwendig, sie an dieser Stelle einzubringen, damit das Bild, das vermittelt wird, zurechtgerückt wird. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und für die Geduld, mit der Sie mir zugehört haben.

Empfehlung 455

betr. die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsforschung und -entwicklung / Leitlinien aus dem Kolloquium

Die Versammlung

(i) *ist sich* darüber *im klaren,* welche Bedeutung der Aufrechterhaltung einer ökonomisch arbeitsteiligen, der jeweiligen Bedrohung angepaßten verteidigungsindustriellen Basis in den Mitgliedstaaten der WEU zukommt;

(ii) *ist sich bewußt,* daß die für Verteidigungszwecke bereitstehenden Haushaltsmittel wohl kaum in dem Maße steigen werden wie die Effektivkosten von neuem Verteidigungsgerät und daß daher die in Westeuropa für die Verteidigung zur Verfügung stehenden Finanzmittel besser genutzt werden sollten;

(iii) *ist sich bewußt,* daß mit den neuen Technologien für einige der Sicherheitsprobleme, denen sich das westliche Bündnis gegenübersieht, bessere Lösungen gefunden werden können;

(iv) *vertritt die Ansicht,* daß die IEPG sich als wirksames Instrument bei der Harmonisierung der operativen Erfordernisse und der Zeitpläne für die Ausstattungserneuerung bei den Streitkräften in Westeuropa erwiesen hat und daß man ihr nun, ohne die politischen Zuständigkeiten des Ministerrates und der Versammlung der WEU zu berühren, eine verstärkte Funktion bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen militärischen Forschung zuweisen sollte;

(v) *ist besorgt* darüber, daß es den Regierungen in Westeuropa trotz zahlreicher Erfolge bei gemeinsamen Ausrüstungsprojekten bislang nicht gelungen ist, durch ein vereintes Vorgehen kostspielige Überschneidungen zu beseitigen, die aufgrund der von verschiedenen Ländern getrennt durchgeführten Forschungsprogramme entstehen.

(vi) *hofft,* daß dadurch eine zweckmäßigere Nutzung nationaler Forschungs-, Versuchs-, Erprobungs- und Entwicklungseinrichtungen erzielt werden kann, daß diese Einrichtungen von Streitkräften und Rüstungsgesellschaften anderer Länder mitbenutzt werden können;

(vii) *ist besorgt* über die Zunahme heimlicher Waffenverkäufe an kriegführende Länder;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend zu ersuchen:

1. ihrer wiederholt vom Rat hervorgehobenen Rolle als Mitglieder der WEU nachzukommen und den mit der Rüstungskooperation befaßten Einrichtungen dadurch politischen Antrieb zu verleihen, daß sie entscheidende Maßnahmen zur beschleunigten Formulierung einer gemeinsamen IEPG-Politik für militärische Forschung und für eine rationellere Rüstungsentwicklung in Westeuropa ergreifen;
2. eine europäische Agentur für moderne verteidigungsbezogene Forschung zu gründen, die sich mit den konventionellen Kapazitäten beschäftigt, und aus einem zunächst von den Mitgliedern der WEU und später auch von anderen europäischen NATO-Partnern mitgetragenem gemeinsamen Haushalt finanziert wird;
3. der IEPG zu helfen, ihre Ziele schneller zu erreichen, und zwar durch:
   a) Gewährung verstärkter politischer Unterstützung für die IEPG durch einen institutionalisierten, regelmäßigen Dialog mit der Versammlung der WEU;
   b) Bewilligung eines kleinen ständigen, aus internationalen Spezialisten bestehenden Sekretariats auf der Grundlage der Empfehlung des EDIS-Berichts: „Für ein stärkeres Europa";
4. die einzelnen Länder durch eine gegenseitige Nutzung ihrer rüstungsbezogenen Forschungs-, Versuchs-, Erprobungs- und Entwicklungseinrichtungen zur Zusammenarbeit zu ermutigen;
5. die Arbeit der Universitäten und der zivilen Forschungsstellen effizienter für die Verteidigungsforschung zu nutzen durch Schaffung eines entsprechenden Mechanismus, der es der zivilen Industrie ermöglicht, Ergebnisse der militärischen Forschung kommerziell zu nutzen, ohne daß dadurch Forschung und Entwicklung für nicht-militärische Zwecke in irgendeiner Weise eingeschränkt werden;
6. die Hersteller von Verteidigungsgerät sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene direkter an der Ausarbeitung operativer Erfordernisse zu beteiligen.

Dienstag, 7. Juni 1988

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des niederländischen Verteidigungsministers, Willem van Eekelen

(Themen: Neuer Abschnitt in den Ost-West-Beziehungen — Verteilung der Verteidigungslasten zwischen den USA und Europa — Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik — NATO-Beschlüsse von Montebello — Gemeinsamer militärischer Einsatz von WEU-Mitgliedstaaten in der Golf-Region)

Tagesordnungspunkt:

Die Einschätzung der Bedrohung

(Drucksache 1115 und Addendum)

Berichterstatter: Abg. Stokes
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Neuere Entwicklungen innerhalb der Sowjetunion — Kräftevergleich zwischen NATO und Warschauer Pakt — Konventionelles Ungleichgewicht in Europa — Problem der Datenbewertung — Gemeinsames europäisches Programm für technische Informationsquellen)

Steiner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit unserer ersten Debatte über den bedeutenden Bericht unseres Kollegen Stokes, den Herr Stokes sicherlich mit einem großen Aufwand an Zeit und Arbeit erstellt hat, sind nicht nur zwei weitere Berichte zu diesem Thema veröffentlicht worden, und zwar unabhängig voneinander, sondern es konnte der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR über die Beseitigung der landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen ratifiziert werden. Was viele von uns zwar erhofft, aber vor einigen Monaten kaum für möglich gehalten hatten, ist damit eingetreten. Die beiden führenden Staaten der NATO und des Warschauer Pakts haben sich nicht nur darauf verständigt, Waffensysteme zu verschrotten, sondern haben dies auch vertraglich durch die Unterschriften von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in der letzten Woche besiegelt, ein wahrhaft historischer Schritt, der auch von der Westeuropäischen Union angemessen bewertet werden müßte, ein Schritt, der zeigt, daß es unabhängig von erheblichen gesellschaftspolitischen Unterschieden und Gegensätzen zwischen Ost und West doch zur Reduzierung der Waffenarsenale kommen kann.

Bezogen auf unsere Debatte über den Bericht von Herrn Stokes heißt das auch, daß eine Abrüstungsvereinbarung möglich geworden ist, bei der die Zahl der auf beiden Seiten zu verschrottenden Raketen nicht gleich groß ist; denn den weitaus größeren Teil dieser Waffen wird die Sowjetunion zu verschrotten haben. Was in diesem Kräftevergleichsbereich möglich geworden ist, sollte auch von den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union als ein ermutigendes Zeichen aufgenommen werden. Ohne in Abrüstungseuphorie zu verfallen, sollten wir aber auch unseren Beitrag leisten, um weitere Verhandlungen mit dem Ziel zu mehr Sicherheit mit möglichst weniger Waffen zu ermöglichen.

Das macht Bedrohungsbeurteilungen und Kräftevergleiche nicht überflüssig oder nimmt ihnen etwa ihren Wert, nein, wir brauchen bei all unseren Überlegungen und Bemühungen um mehr Sicherheit stets eine aktuelle und zuverlässige Grundlage. Insofern sind sowohl der **Kräftevergleich zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt,** den Herr Stokes heute morgen angesprochen hat und der von der Regierung der Bundesrepublik veröffentlicht worden ist, als auch der **Bericht von Senator Carl Levin über das konventionelle militärische Gleichgewicht in Europa** vom Januar 1988 wichtige Dokumente für die Einschätzung der aktuellen Sicherheitssituation. Zumindest sind sie genauso wichtig wie der uns vorliegende Bericht des Kollegen Stokes.

Alle diese Berichte versorgen uns mit Daten, die wir Parlamentarier der Westeuropäischen Union für die Beurteilung der Sicherheitslage benötigen. Weil ich mit der Erarbeitung eines ergänzenden Berichts zum vorliegenden Bericht des Kollegen Stokes befaßt bin, weiß ich um die Probleme der Datenbeschaffung. Aber noch größer ist das **Problem der Bewertung der verfügbaren Daten,** weil es keine gemeinsamen Kriterien für eine Datenbewertung gibt und wohl auch nicht geben kann. Insofern kann ich auch den Teil der uns vorliegenden Beschlußempfehlung nicht unterstützen, in dem die Regierungen der Bündnispartner der NATO aufgefordert werden, sich bei ihren öffentlichen Erklärungen widerspruchslos allein auf die von der NATO anerkannten Streitkräftevergleiche zu beziehen.

Ich teile außerdem nicht alle Empfehlungen, die Herr Stokes in die Beschlußempfehlung seines Berichts aufgenommen hat. Dazu gehört auch die Feststellung der militärischen Unterdrückung einer Reihe von Ländern durch die Sowjetunion mit der beispielhaften **Nennung von Afghanistan und den baltischen Staaten** in einem Atemzug. Ich meine, so undifferenziert darf man das nicht in der Beschlußempfehlung der Westeuropäischen Union stehenlassen. Unser Kollege Dr. Klejdzinski hat dazu in der letzten Sitzung der Versammlung richtige Anmerkungen gemacht, die vom Berichterstatter leider nicht entsprechend gewürdigt worden sind.

Außerdem wird in der Empfehlung völlig unzureichend auf die **dynamischen Prozesse der neueren Entwicklung innerhalb der Sowjetunion und die Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen** eingegangen. Von den Empfehlungen, die wir hier beschließen, sollen doch politische Impulse ausgehen. Deshalb müssen wir, um ernst genommen zu werden, den Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Verhalten der sowjetischen Politik und den sich daraus ergebenden Chancen erwähnen.

Herr Stokes hat heute morgen in diesem Zusammenhang richtigerweise darauf hingewiesen, daß mein Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Hans Joachim Vogel, bei seinem letzten Besuch in Moskau eine Graphik überreicht bekommen hat — und zwar, wenn ich richtig informiert bin, vom sowjetischen Generalstabschef —, in der dieser eine Überlegenheit im konventionellen Bereich bei bestimmten Waffensystemen zugegeben hat. Das ist doch kein Zufall. Das müssen wir aufgreifen, das können wir nicht mit einer Handbewegung abtun, als zufällig interpretieren oder damit Vermutungen oder Spekulationen verbinden. Nein, ich meine, wir sollten an diese Dinge wirklich offensiv herangehen und sollten ausloten, was das konkret zu bedeuten hat.

Wir können die Entwicklung in der Sowjetunion auch nicht mit Sätzen abtun wie, die Sowjetunion habe es einfach allein aus wirtschaftlichen Überlegungen nötig, jetzt zu einem Stillhalteabkommen im Bereich der Rüstungsausgaben zu kommen. Aber ich glaube, wir würden es uns zu einfach machen, wenn wir allein

dieses Gegenargument bringen wollten. Dann müßten wir uns auch gefallen lassen, daß auf der anderen Seite ein Zusammenhang hergestellt wird zwischen dem hohen amerikanischen Haushaltsdefizit und den Verteidigungs- und Rüstungsausgaben in Amerika und den sich daraus ergebenden Währungsturbulenzen, die wir auch nicht gerade mit einem Glücksgefühl aufgenommen haben.

Ich meine, wir hätten die Möglichkeit nutzen können, unsere Beschlußempfehlung nicht nur mit Allgemeinplätzen oder mit alten, überkommenen Auffassungen zu versehen. Mindestens hätten wir sie selbstbewußt und konstruktiv der tatsächlichen Entwicklung anpassen müssen. Insbesondere hätten wir einen ermutigenden Hinweis zu **Verhandlungen über die landgestützten Kurzstreckenraketen** geben müssen, die uns Westeuropäer, insbesondere die Bundesrepublik, konkret bedrohen. In der Beschlußempfehlung wäre auch für einen Hinweis auf die **Verhandlungen im Chemiewaffenbereich** Platz gewesen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, weil alle bisherigen Versuche, die vorliegende Beschlußempfehlung sinnvoll zu ergänzen und zu aktualisieren, erfolglos waren, muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß ich dem Bericht und der Beschlußempfehlung nicht zustimmen kann.

Ich bedanke mich.

Reddemann (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und meine Herren! Ich möchte dem Herrn Berichterstatter und dem Verteidigungsausschuß meinen herzlichen Dank aussprechen. Ich glaube, für alle, die ihre Friedensbemühungen nicht auf blaßblauen oder — vielleicht sollte ich besser sagen — rosaroten Wolken, sondern auf Fakten aufbauen möchten, enthält der Bericht eine Fundgrube von Fakten, mit denen man arbeiten kann.

Der Bericht lag der Versammlung bereits im vergangenen Herbst vor. Er wurde damals von einer Abstimmungsmehrheit, die nicht unbedingt der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung entsprach, zurückgewiesen, weil man befürchtete, etliche kritische Passagen über die sowjetische Politik könnten in Moskau unangenehmes Aufsehen erregen. Ich war noch nicht von unserer Tagung zurück, da lag auf meinem Schreibtisch bereits eine Mitschrift einer Sendung des sowjetischen Propagandasenders „Frieden und Fortschritt", und aus dieser Mitschrift ergab sich, daß die Sowjets diesen Bericht, den viele von uns nicht akzeptieren wollten, damals geradezu lobend erwähnten, weil sich die Zahlen, die dort angegeben waren, sehr stark den **Zahlen** angenähert hatten, **die die Sowjetunion über ihre eigene Rüstung veröffentlichte.**

Wir haben nun vor zwei Wochen in der „Literaturnaja Gazeta" lesen können, daß die sowjetische Überrüstung und ihr imperialistisches Gehabe in den letzten zwölf Jahren den Westen gerade zwingen mußten, eine größere Verteidigungsbereitschaft an den Tag zu legen, als das normalerweise der Fall gewesen wäre. Wenn ich das mit dem konfrontiere, was ich heute und zum Teil auch gestern in der Versammlung zu unserem Thema der Bedrohungseinschätzung gehört habe, dann habe ich fast den Eindruck, als seien die Sowjets selbst eher bereit, ihre Fehler zuzugeben als so mancher, der das Unheil immer lieber erst im Westen sehen wollte, als die richtige und notwendige Einschätzung der sowjetischen Bedrohung vorzunehmen.

Wir sollten uns in einer solchen Debatte darüber im klaren sein, daß **Perestroika** nicht die russische Übersetzung des Begriffs „Frieden in unserer Zeit" ist, sondern daß Perestroika, also die Umgestaltung, ein Versuch der sowjetischen Führung ist, ein völlig reaktionäres System wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen, weil sonst der Wettlauf in die Zukunft in der Sowjetunion von der sowjetischen Regierung, von der kommunistischen Partei nicht zu gewinnen wäre. Ich bin Mr. Mellor dankbar, daß er daran erinnerte, daß wir heute nicht den ersten Versuch einer Perestroika erleben. Im Jahre 1964 scheiterte der Vorvorgänger des heutigen Generalsekretärs, der damalige Generalsekretär Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, mit seinem Versuch einer Perestroika an der Reaktion der Kader, die besorgt waren, daß eine Umgestaltung der Sowjetunion ihre eigenen Rechte zugunsten der Mehrheit der Menschen in der Sowjetunion verändern könnte.

Meine Damen, meine Herren, wir begrüßen die Perestroika dessenungeachtet, weil wir hoffen, daß aus diesem Versuch, wenigstens ein wenig mehr Freiheit, allerdings streng kontrolliert, zu gewähren, der Aufbruch zur tatsächlichen Freiheit entstehen kann, denn eine größere Freiheit für die Menschen in der Sowjetunion würde manches Problem in den Ost-West-Beziehungen erst gar nicht aufkommen lassen und manches Problem, mit dem wir uns seit Jahrzehnten herumschlagen müssen, zwar nicht gleich beseitigen, aber doch erleichtern.

Wenn wir uns über die gegenwärtige Bedrohungssituation aussprechen, dann sollten wir trotz mancher Skepsis ein Wort der Freude, ein Wort der Dankbarkeit darüber sagen, daß es nicht nur gelungen ist, das **INF-Abkommen** zu unterzeichnen, sondern inzwischen auch zu ratifizieren und damit in Kraft zu setzen. Wir erinnern uns alle: In dieser Versammlung haben wir im Zusammenhang mit der Nachrüstung der NATO lange über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen diskutiert, und die Mehrheit der Versammlung war der Auffassung, die Nachrüstung werde entscheidend dazu beitragen, daß die Mittelstreckenraketen insgesamt abgebaut werden. Es gab eine Minderheit, die anderer Auffassung war. Man sollte zur Kenntnis nehmen, daß diese Minderheit heute wieder in die andere Richtung als diejenigen marschieren will, die damals recht gehabt haben. Ich darf an sie zumindest die Bitte richten, einmal darüber nachzudenken, ob ihre Leichtgläubigkeit damals nicht möglicherweise das verhindert hat, was wir heute erreicht haben.

Ich möchte eine weitere positive Bemerkung machen, und zwar zur Bereitschaft der USA und der Sowjetunion, ihre **Verhandlungen zur 50prozentigen Beschränkung der Interkontinentalraketen** zu beschleunigen. Wer die mühsamen Verhandlungen der letzten Jahre gerade auf diesem Gebiet mitbekommen hat, weiß, daß eine solche Entscheidung zwar noch nicht den Durchbruch bringt, aber zumindest die Hoffnung wachsen läßt, daß endlich aus der Bedro-

hung durch die Interkontinentalraketen ausgebrochen werden kann und daß wir hier eine neue Möglichkeit friedlicher Entwicklung sehen können.

Wir würden aber, meine verehrten Damen und Herren, die Sicherheit der europäischen Demokratien vernachlässigen, wenn wir nicht verlangten, daß vor einem Ergebnis der START-Verhandlungen noch einige für uns lebenswichtige Fragen geklärt werden. Ich denke da vor allem an die mobilen Interkontinentalraketen, an die Positionierung der luft- und seegestützten Marschflugkörper, und ich denke hier speziell an die sowjetischen SS 24 und 25, denn jeder, der ein wenig von der Materie versteht, weiß, daß diese Raketen praktisch durch die Art ihrer Mobilität in der Lage wären, die durch das INF-Abkommen gerade abgeschafften Mittelstreckenraketen ohne Schwierigkeiten zu ersetzen. Ich glaube, das kann nicht in unserem und auch nicht im Sinne des Friedens sein.

Gestatten Sie mir zum Schluß außerdem noch eine Bemerkung, eine Wiederholung dessen, was ich hier schon mehrfach gesagt habe: Die **dringendste Aufgabe,** die wir als Staaten der Westeuropäischen Union haben, ist die **konventionelle Abrüstung.** Wir müssen den jüngsten Zahlen und sogar den sowjetischen Eingeständnissen entnehmen, daß das erdrückende Übergewicht der Sowjets im konventionellen Bereich leider weiterhin besteht. Bei Panzern und bei der Artillerie ist die Sowjetunion weiterhin invasionsfähig. Rüstungsstandard und unveränderte Militärdoktrin sprechen ebenfalls noch nicht für jenen Zustand des Friedens, den einige Kollegen hier mit mehr Glauben als Wissen bereits beschworen haben. Es scheint mir unsere Aufgabe zu sein, nicht nur die schönen und erfreulichen Worte aus Moskau zur Kenntnis zu nehmen, sondern vor allem dafür zu sorgen, daß diesen schönen Worten die entsprechenden Taten folgen.

Ich bedanke mich in dem Zusammenhang bei dem niederländischen Verteidigungsminister Herrn van Eekelen, unserem langjährigen früheren Kollegen, dafür, daß er die Forderung erhoben hat, die Sowjetunion solle ihre außerordentlich starken Armeen aus der DDR abziehen. Ich gestatte mir in dem Zusammenhang ein herzliches Wort des Dankes an unseren britischen Kollegen Atkinson, der noch einmal daran erinnert hat, daß die Mauer in Berlin steht und nicht nur eine Mauer aus Stein, sondern auch eine Mauer ist, die das Mißtrauen gegenüber Friedens- und Freundschaftsbezeugungen der kommunistischen Seite immer wieder erneuert.

Wir fühlen uns durch die Ereignisse der letzten Woche sicher alle unterstützt. Ich möchte Sie nur darum bitten, durch eine Zustimmung zum Bericht unseres Freundes und Kollegen Stokes gleichzeitig zu verdeutlichen, daß wir den Frieden sehr sorgfältig Schritt für Schritt schaffen und daß wir nicht nur auf allgemeine Hoffnungen und nicht nur auf schöne Reden setzen, sondern nur wirkliche Tatsachen zur Kenntnis nehmen wollen.

Meine Bitte ist also, die Zustimmung zu dem Bericht und die Zustimmung zur Entschließung des Ausschusses zu geben.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Verteidigungsausschuß hat sich in mehreren Sitzungen sehr intensiv und kontrovers, aber dann doch mit großer Mehrheit für diesen Bericht ausgesprochen. Ich bitte namens des Ausschusses um Zustimmung für diesen Bericht.

Ich bin hoffnungsvoll, weil diejenigen, die sich den Bericht in Teilbereichen anders hätten vorstellen können, keine Änderungsanträge gestellt haben und damit zu erkennen gegeben haben, daß man, wenn man im wesentlichen zustimmen kann, als Demokrat in Einzelbereichen Kröten schlucken muß, während man, wenn man selber die Mehrheit hätte, das anders gestalten würde.

Wir sind als Verteidigungsausschuß der Auffassung, daß es unsere Aufgabe bleibt, unseren Regierungen unsere Meinung zu sagen, daß wir für den Fall, den sich keiner von uns wünscht — den Ernstfall —, gerüstet bleiben. Wir haben gemeinsam die Hoffnung, daß die **zukünftigen Gespräche zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und auch Europas** auf Grund seines zunehmenden Gewichts die Sowjetunion dahinbringen, abzurüsten, um eine gewisse Gleichheit zu erreichen. Ferner hoffen wir, daß wir von dieser Abrüstung aus viele Schritte gemeinsam tun können, so wie wir sie uns wünschen.

Es ist nicht so, wie der kommunistische Sprecher zum Schluß gesagt hat, daß wir die **politischen Faktoren** stärker berücksichtigen sollen als die militärischen. Ich bin der Meinung, solange die andere Seite, der Ostblock, die **militärischen Faktoren** setzt, haben wir dies in politischer Hinsicht zu berücksichtigen und gemeinsam anzustreben, daß sich das verändert.

Solange dies aber nicht so ist, hat der Verteidigungsausschuß die Bitte, diesem Bericht von Herrn Stokes hier seine Zustimmung zu geben, dem ich namens aller Mitglieder des Verteidigungsausschusses auch hier meinen herzlichsten Dank für seine Arbeit aussprechen möchte.

Schönen Dank.

(Der Empfehlungsentwurf wurde abgelehnt)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers im Auswärtigen Amt, David Mellor

(Themen: Neue Entwicklungen in der Sowjetunion — Einschätzung der Bedrohung des Atlantischen Bündnisses — Lastenverteilung im Bündnis — Europäischer Verteidigungspfeiler — Unterrichtung der Versammlung durch den Rat — Gemeinsamer Sitz der ministeriellen Organe der WEU)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister! Ich habe zwei Fragen zum **„burden-sharing".** Ich gehe dabei davon aus, daß die Verteidigung des Mittelabschnitts in Europa ohne die Hilfe unserer Verbündeten aus den USA, aus dem Vereinigten Königreich, aus Frankreich und Kanada, aus Belgien und den Niederlanden nicht möglich ist. Die Anwesenheit dieser Truppen in meinem Lande führt dazu, daß zu der halben Million deutscher Soldaten eine weitere halbe Million Soldaten unserer Verbündeten kommt.

Nun meine erste Frage, Herr Minister: Muß, wenn wir über „burden-sharing" sprechen, nicht auch das berücksichtigt werden, was diese halbe Million Soldaten unserer Verbündeten an **Belastungen für die deutsche Bevölkerung** und für unser Land mit sich bringt. Ich darf an die Belastungen erinnern, die die Bevölkerung in der Nähe von Truppenübungsplätzen auf sich nimmt, an Belastungen, die dadurch entstehen, daß landschaftlich schöne Gebiete, in denen ständig Übungen stattfinden, nicht entsprechend entwickelt werden können, weil es nur wenige Menschen gibt, die sich im Staub und Lärm von Panzern zu erholen wünschen.

Meine Frage ist also: Müssen wir über die Prozentsätze des Bruttosozialprodukts hinaus nicht sehr viel differenzierter in die Probleme einsteigen, wenn wir über „burden-sharing" sprechen?

In diesem Zusammenhang meine zweite Frage. Herr Minister, Sie wissen, daß wir in den Mitgliedstaaten der Allianz Länder haben, die eine reine **Berufsarmee** haben, und Länder mit einer **Wehrpflichtigenarmee,** in denen die jungen Männer verpflichtet sind, ein, anderthalb oder zwei Jahre ihren Beruf oder ihre Ausbildung zu unterbrechen, um in dieser Zeit ihre Wehrpflicht für ein Taschengeld zu leisten. Meine Frage: Muß die Leistung, die diese jungen Männer beispielsweise in meinem Land — nicht in den USA, auch nicht im Vereinigten Königreich — zusätzlich erbringen, nicht auch in Betracht gezogen werden, wenn wir über „burden-sharing" sprechen? Spricht nicht auch diese Leistung gegen die sicherlich sehr einfache und sehr griffige Rechnung in Prozentsätzen?

Schönen Dank.

Staatsminister **Mellor** *bedauert, wenn er in seiner Rede mißverstanden worden sein sollte. Man sei sich sehr wohl der Belastungen, denen die Bevölkerung aufgrund der hohen Zahl in- und ausländischer Streitkräfte ausgesetzt sei, bewußt und nicht ohne Erfolg bemüht, die Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren. Bei einem kürzlichen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland sei ihm diese Situation deutlich geworden, und er habe der Bundesregierung zu dem mutigen Schritt gratuliert, den Grundwehrdienst zu verlängern.*

Tagesordnungspunkt:

Die Seeluftstreitkräfte

(Drucksache 1139)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt — Einsatz von Streitkräften außerhalb des NATO-Bereiches — Abstimmung zwischen See- und Luftstreitkräften — Antiradar-Raketensysteme)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht unbedingt derjenige sein, der jeden Bericht, den der Kollege Wilkinson vorlegt, anschließend so zerreißt, daß nichts mehr übrigbleibt. Ich finde, er hat in diesem Bericht sehr wichtige Punkte vorgelegt, aber eine Bemerkung erlaube ich mir trotzdem.

Sie haben nur von „naval aviation" gesprochen. An sich müßte man von dem ganzen System sprechen, das aus Schiffen und Flugzeugen besteht. Ferner gehört dazu das, was mein Vorredner zu Recht angesprochen hat, inwieweit die Verfügbarkeit der Schiffe gegeben ist, um unsere Versorgung vom Grundsatz her zu garantieren, insbesondere, wenn wir davon ausgehen, daß der **Schutz der atlantischen Seewege** eine der wichtigsten Notwendigkeiten ist — das wissen wir alle —, wenn es einmal zu einer Auseinandersetzung in Europa kommen sollte, insbesondere was das Heranführen von Reserven anbetrifft.

Sie haben für meine Begriffe in einem Punkt zu sehr auf die britische Flugzeugindustrie abgehoben, indem Sie den Italienern die Empfehlung geben, nur einen ganz bestimmten Typ auszuwählen. Ich kann mir durchaus vorstellen, wenn man die Fachliteratur liest, daß auch da durchaus gleichwertige Typen auf dem Markt sind. Ich möchte es Ihnen nicht vorhalten, da Sie sicherlich von Ihrem Kenntnisstand ausgegangen sind.

Was ich aber in dem Bericht ein wenig vermißt habe — vielleicht könnten Sie in Ihrem Schlußwort darauf eingehen —, ist, daß insbesondere die **Verteidigung der Schiffe gegen Flugzeuge** eine ganz entscheidende Rolle spielt, dort vor allem die Nahbereichsabwehr neben der Abwehr im allgemeinen. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie vielleicht auf die **Antiradar-Raketensysteme** eingegangen wären. Dort ist — um Ihnen das jetzt vorwegzunehmen — auf der britischen Seite die Bewaffnung mit Alarm-Raketen zu nennen. Sie haben sicherlich zu Recht darauf verwiesen, daß die deutschen Tornados mit Kormoran bewaffnet sind. Ich darf aber sagen, daß die bewaffnete Aufklärung — insbesondere durch Tornados mit Harm und Kormoran als Bewaffnung — ein wichtiges System darstellt, weil Sie nämlich davon ausgehen müssen, daß ein Schutz gegen anfliegende Flugkörper nur dann gegeben ist, wenn gleichzeitig die jeweiligen Radarsysteme der Schiffe so ausgerüstet sind, daß sie einerseits die Funktion einer elektronischen Abwehrfähigkeit wahrnehmen können, und daß sie andererseits in der Lage sind, die anfliegenden Flugkörper zu zerstören.

Ich gebe zu, unter „naval aviation" ist dieses nicht von vornherein mit unterzubringen. Ich hätte aber begrüßt, wenn dies in einem Gesamtkonzept dargelegt worden wäre, wobei ich davon ausgehe, daß Ihr Auftrag, etwas über „naval aviation" zu sagen, sicherlich voll erfüllt ist. Aber dieses Umfeld hätte mich schon interessiert, weil — insgesamt gesehen — die eigentliche Problematik, nämlich nicht nur das Fehl an Schiffen, sondern auch die Ausrüstung im Radarbereich und deren Abwehrfähigkeit, ein ganz wichtiger Punkt ist. Ich finde, dort haben wir noch ein großes Defizit. Ich meine, dort müßte bedeutend mehr getan werden; das muß unser gemeinsames Interesse sein.

Herzlichen Dank.

Empfehlung 456

betr. die Seeluftstreitkräfte

Die Versammlung,

(i) *ist sich bewußt,* daß die Sicherheit der hochindustrialisierten Länder Westeuropas vom Zugang zu den Märkten und den Rohstoffquellen in Übersee abhängt;

(ii) *ist sich* der gegenseitigen Abhängigkeit der Verteidigung Westeuropas und Nordamerikas sowie der Tatasache *bewußt,* daß die durch die NATO gewährleistete gemeinsame Verteidigung Westeuropas auf der Aufrechterhaltung sicherer Seeverbindungslinien auf dem Nordatlantik beruht, die das Heranführen von Verstärkungskräften und Nachschub aus Kanada und den Vereinigten Staaten gewährleisten, wobei die dem Obersten Alliierten Befehlshaber Atlantik (SACLANT) unterstehende Einsatzflotte Atlantik mit ihrem Potential an Seeluft-Streitkräften und U-Bootabwehrsystemen eine Schlüsselrolle spielt;

(iii) *stellt fest,* daß die jüngsten Ereignisse im Persischen Golf und die in anderen, früheren Konflikten gemachten Erfahrungen die Bedeutung der Seestreitmacht allgemein und insbesondere ihrer see-luftgestützten Komponente hervorgehoben und nicht nur zu der Einsicht geführt haben, daß Westeuropa aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen weiterhin im Besitz verfügbarer nationaler Handelsflotten von angemessener Größe sein muß, sondern auch den Vorschlag rechtfertigen, die strukturellen Entwicklungen und die Besitzverhältnisse in der internationalen Handelsmarine aufmerksam zu verfolgen;

(iv) *erkennt,* daß die seit Beginn der 60er Jahre zu verzeichnende bedeutende Erweiterung und Weiterentwicklung der sowjetischen Marine eine der wichtigsten strategischen Entwicklungen der letzten Jahre ist, weil die Sowjetunion dadurch über ein ausgezeichnetes Instrument zum umfassenden Ausbau ihrer Seeherrschaft und zur Ausübung ihres politischen Einflusses verfügt;

(v) *begrüßt* erfreut, daß Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich neue Flugzeugträger bauen, die den Einsatz von unterschiedlichen Verteidigungs-, Angriffs- und V-STOL-Flugzeugen sowie von U-Bootabwehr-, Angriffs- und Früherkennungshubschraubern ermöglichen;

(vi) *begrüßt,* daß die Marine und die Luftstreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, Spaniens, Frankreichs, Italiens, Norwegens, der Niederlande, Portugals und des Vereinigten Königreichs mit der Verstärkung ihrer Seeluftstreitkräfte begonnen haben;

(vii) *äußert* ihre Besorgnis darüber, daß sich die beachtliche Perfektionierung und die beeindruckende operative Kapazität sowie die bedeutende Anzahl sowjetischer U-Boote ungünstig auf das Kräftegleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt auswirken könnten;

(viii) *ist der Ansicht,* daß die gegenwärtige Überlegenheit der NATO im Bereich der Seeluftstreitkräfte und insbesondere der Flugzeugträger ein entscheidender und unverzichtbarer Faktor für eine wirksame Abschreckung und die Erhaltung des Friedens ist, solange der Abschluß eines multilateralen und verifizierbaren Übereinkommens mit der UdSSR zur Reduzierung dieser Kapazität nicht sichergestellt ist;

(ix) *schätzt* die Flexibilität, die hohe Reaktionsfähigkeit und die Operationsfreiheit der Seeluftstreitkräfte, die nicht an landgestützte feste Basen gebunden sind und infolgedessen einen überaus großen politischen Einfluß bei der Bewältigung von Krisen und der Eindämmung von Konflikten ausüben;

(x) *ist sich* darüber *im klaren,* daß sich ein Seekrieg oder Kampfhandlungen außerhalb des NATO-Bereichs, wie z. B. der Krieg zwischen Iran und Irak, rasch zu einem größeren Konflikt ausweiten könnten, wenn sie nicht durch entsprechenden politischen Druck von außen und gegebenenfalls durch Anwendung von Gewalt unter Kontrolle gebracht werden, und ist sich infolge dessen bewußt, daß das westliche Bündnis seine Vorzüge, wie z. B. die Seeluftstreitkräfte, beibehalten muß, da sie für Operationen innerhalb und außerhalb des NATO-Bereichs gleichermaßen von Bedeutung sind sowohl im Falle räumlich begrenzter Konflikte als auch bei einem totalen Krieg;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die westeuropäischen Länder dringend zu ersuchen, ihre weitreichenden Pläne zur Perfektionierung der Seestreitkräfte aufrechtzuerhalten, indem

   a) Frankreich aufgefordert wird, sein Programm für den Bau von Flugzeugträgern durch die Inbetriebnahme von zwei Schiffen der Klasse Charles-de-Gaulle weiterzuführen;

   b) das Vereinigte Königreich aufgefordert wird, zusätzlich zum Schulschiff für seegestützte Kampfflugzeuge RFA „Argus", mindestens ein Unterstützungsschiff in Betrieb zu nehmen, um sich die Kapazität für hubschrauberunterstützte amphibische Landungen zu erhalten und die Sea Harrier-Luftfahrzeuge sobald wie möglich an den FRS 2-Standard anzupassen;

   c) Italien aufgefordert wird, zusätzlich zu den z. Zt. auf dem Flugzeugträger Garibaldi stationierten ASW-Hubschraubern für die U-Bootabwehr V-STOL-Flugzeuge zu beschaffen, die möglichst die Fähigkeit zur Luftverteidigung aufweisen sollten;

   d) die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Norwegen, die Niederlande und Portugal aufgefordert werden, neue seegestützte Jagdflug-

zeuge und Weiterentwicklungen eines bereits vorhandenen seegestützten Überwachungsflugzeugtyps in Betrieb zu nehmen;

2. Zumindest diejenigen Mitgliedsländer, die gegenwärtig Seestreitkräfte im Persischen Golf stationiert haben, zur Zusammenarbeit bei dem Aufbau ständiger europäischer Seestreitkräfte mit dazugehörigen seegestützten Luftfahrzeugen aufzufordern, die der Luftverteidigung dienen und Frühwarn- und Kampfflugzeuge sowie Luftfahrzeuge zur U-Bootabwehr und Kampfhubschrauber umfassen, deren Stationierung in außerhalb des NATO-Bereichs gelegenen Gebieten im Falle eines Notstands oder eines Krieges unter einheitlichem Befehl und gemeinsamer Kontrolle erfolgt, wenn die Sicherheitsinteressen Westeuropas auf dem Spiel stehen;

3. seine Unterstützung für die Zusammenarbeit bei der Ausrüstungsplanung der Marine zu bekräftigen, z. B. in bezug auf die Hubschrauber EH-101 und NH-90, die Luftfahrzeuge T-45 Goshawk und AV-8B, die U-Bootabwehrfregatte NFR-90 sowie die dazugehörigen Waffensysteme;

4. mit den Regierungen der Mitgliedstaaten Möglichkeiten zu untersuchen, die sicherstellen, daß die Prioritäten bei den Missionen reiner Luftstreitkräfte und den Missionen seegestützter Luftstreitkräfte so gesetzt werden, daß:

   a) dem direkten Kommando der Befehlshaber über die Seestreitkräfte genügend Luftkriegsmittel unterstehen, die nicht von den nationalen Luftstreitkräften abkommandiert werden können;

   b) die Anschaffung neuer Seekampfflugzeuge durch die Luftwaffe, insbesondere als Ersatz für den Buccaneer der britischen Luftwaffe und den Corsair A7 der portugiesischen Luftwaffe, dringend die erforderliche Beachtung erfährt, die ihr aus der Sicht der Seestreitkräfte zukommt.

5. mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Spaniens, Großbritanniens und gegebenenfalls Italiens die Möglichkeit zu untersuchen, nach dem Vorbild der trilateralen Tornadoausbildungseinrichtung für Piloten (TTTE), im Bereich der Harrier-Pilotenausbildung ebenfalls zusammenzuarbeiten.

Mittwoch, 8. Juni 1988

Tagesordnungspunkt:

Der Aufbau der europäischen Sicherheit

(Drucksache 1138)

Berichterstatter: Abg. van der Sanden (Niederlande)

(Themen: Wiederbelebung der WEU und ihre Öffentlichkeitsarbeit — Zusammenlegung und Reorganisation der ministeriellen Organe — Zusammenarbeit zwischen Rat und Versammlung — Beitritt von Spanien und Portugal und weitere Erweiterung der WEU — Stationierung von Streitkräften einzelner WEU-Mitgliedsstaaten im Persischen Golf)

Verbundene Debatte mit

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt 1987 (rev.) und 1988 der ministeriellen Organe der WEU

(Drucksache 1142)

Berichterstatter: Abg. Morris (Vereinigtes Königreich)

Antretter (SPD): Herr Präsident! Wir leben gegenwärtig in einer Phase der internationalen Politik, in der die Standortbestimmung Europas auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung und die aus ihr zu ziehenden Schlußfolgerungen dringender, aber vielleicht auch schwieriger als jemals zuvor sind.

Niemals seit der Entstehung des Ost-West-Konflikts sind die innenpolitischen Verhältnisse in der Vormacht der kommunistischen Welt derartig in Bewegung geraten, ohne daß bereits abgesehen werden kann, wohin die Entwicklung führen wird. Noch nie hatte der Westen solche Schwierigkeiten, angesichts einer bisher nicht gekannten Beweglichkeit und Dynamik der sowjetischen Außenpolitik unter Generalsekretär Gorbatschow, seinen Zusammenhalt zu wahren.

Die Unsicherheit über die zukünftige Außenpolitik eines neuen amerikanischen Präsidenten erleichtert auch nicht gerade den so wichtigen **transatlantischen Dialog über die zukünftige Konzeption des Bündnisses** und über die Lösung der zahlreichen Probleme, die die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit gerade in Sicherheitsfragen betreffen.

Diese als Aspekte der Gesamtsituation unterstreichen mehr als alles andere die Bedeutung des Themas, mit dem sich Herr van der Sanden in seinem Bericht über die Organisation der europäischen Sicherheit auseinandersetzt.

Wie die Verabschiedung der **Plattform** über die europäischen Sicherheitsinteressen und die Tätigkeit des Rats seit 1987 zeigen, scheint die WEU nun auf einem guten Wege zu sein, die notwendigen Schlußfolgerungen aus einer veränderten Weltlage und aus den Verpflichtungen zu ziehen, die ihre Mitgliedsländer aufgrund des geänderten Brüsseler Vertrages eingegangen sind.

Aus den zahlreichen Problemkreisen der europäischen Sicherheitspolitik, die in dem Bericht behandelt werden, möchte ich nur einige wenige herausgreifen.

In der gegenwärtigen Phase müssen wir vor allem noch größeren Wert auf ein besseres **Funktionieren des Zusammenspiels zwischen Rat und Versammlung** legen. Hier hat es zwar in den letzten Jahren schon einige Verbesserungen gegenüber früher gegeben. Ich meine aber, von einem wirklichen Zusammenspiel kann man noch nicht sprechen. Von der Intensivierung der vertraulichen Kontakte kann immer nur eine

kleine Minderheit der Abgeordneten Nutzen ziehen. Die formelle Unterrichtung der Versammlung durch den Jahresbericht erfolgt nach wie vor zu spät und enthält zu wenige substantielle Informationen.

Ich meine, die zwei Hauptorgane der WEU — der Rat und die Versammlung — müssen beide noch erheblich mehr Anstrengungen unternehmen, um die vermeintlichen Hindernisse — weitgehend handelt es sich um vermeintliche Hindernisse — für eine gedeihlichere Zusammenarbeit zu überwinden. Die weitverbreitete Sorge der Regierungsapparate — durchaus nicht immer der Regierungsmitglieder selber —, komplizierte Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dürften nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden, führt immer wieder zu einer übertrieben restriktiven Informationspolitik.

Auf der anderen Seite sollten — so glaube ich — auch wir Parlamentarier Angebote der Informationsbereitschaft wahrnehmen. Ich bin sicher, daß diese Bereitschaft im Prinzip bei den WEU-Parlamentariern besteht. Dennoch kann man dann und wann von Regierungsvertretern hören, im konkreten Fall seien die Parlamentarier an Informationen gar nicht so sehr interessiert. Es erscheint mir deshalb wichtig, daß hier auf beiden Seiten manchmal schon fast traditionell bestehende vorgefaßte Meinungen oder sogar Animositäten abgebaut werden.

Lassen Sie mich zu diesem Thema und aus aktuellem Anlaß noch eine andere Bemerkung machen. Die sich regelmäßig zu Beginn der Sitzung wiederholende und als notwendig erweisende Diskussion über die **angemessene Zahl der Ministerreden** trägt sicherlich nicht zu einer Verbesserung des Arbeitsklimas zwischen Rat und Versammlung bei. Ich finde es deshalb gut und wichtig, daß sowohl der Präsidialausschuß im Einvernehmen mit dem Rat wie auch der Geschäftsordnungsausschuß dieses Thema regeln und ihren Beitrag zur Regelung dieses Problems leisten möchten.

Für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Rat und Versammlung halte ich es auch für wichtig, wie sich die **Strukturen der WEU-Organe** in der nächsten Zeit entwickeln. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Satz aus der Rede des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik, Herrn Schäfer, der heute noch zu uns kommt, zitieren, die er am 18. Mai dieses Jahres vor der deutschen Delegation der WEU-Versammlung gehalten hat. Er sagte:

Insgesamt arbeitet die WEU immer mehr nach dem **Modell der EPZ,** also durch Einsatz von Vertretern der Hauptstädte.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, dies ist eine interessante Entwicklung, die die Frage nach der zukünftigen Rolle der eigentlichen WEU-Institutionen aufwirft. Ich erwähne insbesondere den Ständigen Rat, das Generalsekretariat und die Agentur in Paris.

Sollte sich der Schwerpunkt der Aktivitäten des Rates mehr und mehr auf die Hauptstädte verlagern — ich schiebe jetzt ein: Auch wenn alle meinen, in ihren Hauptstädten sei es besonders schön, so kann ich feststellen, daß Bonn durchaus eine Hauptstadt ist, in der man sich treffen und Beschlüsse fassen kann. Bonn kann eine schöne Hauptstadt sein —, so hat dies natürlich auch Konsequenzen für die Frage, wo der Schwerpunkt des Dialogs mit der Versammlung liegen soll.

Als deutscher Parlamentarier kann ich sagen, daß ich die Initiative unserer Bundesregierung durchaus begrüße, die deutsche Delegation der WEU-Versammlung zweimal im Jahr zusätzlich in einem speziellen Rahmen über die Tätigkeit der WEU zu unterrichten. Es ist wichtig, daß wir unsere nationalen Kanäle stärker ausnutzen, um unseren an den WEU-Rat gerichteten Anliegen noch mehr Nachdruck zu verleihen. Dabei sollten wir aber nicht außer acht lassen, daß wir eine europäische Versammlung sind. Wir müssen aufpassen, daß die Informationspflicht, die der Rat uns gegenüber vertraglich hat, nicht mehr und mehr zu einer bloßen Formalie verkümmert.

Nun ein Wort zur **Reorganisation.** Ich glaube, es geht nicht an, daß die Versammlung nichts über die Mission und Tätigkeit des Gebildes erfährt, das aus der Zusammenlegung der bisherigen drei Agenturen für Sicherheitsfragen entstanden ist.

Nach dem jüngsten Halbjahresbericht der Bundesregierung ist die geplante Zusammenlegung dieses Gebildes als eigenständige Einheit mit dem Generalsekretariat und seine Unterstellung unter den Generalsekretär von der Kollokation abhängig.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Regierung Luxemburgs die Auffassung vertritt, daß die zusammengelegte Agentur möglicherweise die **Aufgabe eines europäischen Instituts für Verteidigungsforschung** übernehmen könnte, dessen Einrichtung die Versammlung auf der außerordentlichen Sitzung in Luxemburg vorgeschlagen hatte. Es wäre wichtig, die Meinung des Rates zu dieser Auffassung zu hören, deren Kenntnis wir übrigens unserer sehr verehrten Kollegin Frau Hennicot-Schoepges verdanken, die eine entsprechende Frage, soviel ich weiß, in der luxemburgischen Kammer dazu gestellt hat.

Was geschieht in der Zeit, die noch verstreichen wird, bis man sich im Rat über den **zukünftigen Sitz der WEU** geeinigt hat? Es ist jedenfalls nicht zu verantworten, meine ich, den jetzigen Schwebezustand bis zu einem Beitritt Portugals und Spaniens aufrechtzuerhalten. Was den Beitritt dieser beiden Staaten betrifft, so ist dem Berichterstatter darin zuzustimmen, daß der Rat alles daran setzen sollte, um die Verhandlungen möglichst rasch zum Erfolg zu führen.

Schließen möchte ich mit einem Dank an Herrn van der Sanden, denn sein Bericht paßt in Inhalt und Sprache gut zu einer weltpolitischen Situation, in der erkennbar wird, daß trotz aller gegenläufigen Tendenzen die Supermächte ihre Verantwortung für den Frieden in stärkerem Maße als vorher erkennen und wahrnehmen. Vieles, wenn nicht alles, wird davon abhängen, ob die gegenseitigen Feindbilder kontinuierlich abgebaut werden und sich ein wechselseitiges Vertrauen entwickeln kann.

Ich darf vielleicht für alle sprechen, wenn ich sage: Die niederländische Präsidentschaft und Ihr Bericht, verehrter Herr Kollege van der Sanden, haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege van der Sanden hat die Diskussion bereits zusammengefaßt. Ich kann deshalb meine Bemerkungen sehr kurz fassen.

Ich danke Herrn van der Sanden und auch dem Sekretariat sehr herzlich für die Ausarbeitung dieses Berichts. Die Ausarbeitung war wiederum dadurch erschwert, daß uns die **Äußerungen des Rates zu spät zugegangen** sind. Wir haben deshalb die Überschrift dieses Berichts ändern müssen. Sie lautet lediglich „Aufbau der europäischen Sicherheit", der Untertitel „Antwort auf den Bericht des Rates" ist entfallen.

Ich hoffe sehr — und wir haben heute gewisse Zusagen erhalten —, daß wir in der Zukunft nicht mehr unter einem solchen Zeitdruck stehen werden, sondern daß uns die Antwort des Rates zeitgerecht zugeht.

Mein Dank gilt, wie gesagt, Herrn Kollegen van der Sanden für einen Bericht, der sehr klar und sehr deutlich ist, der im Ausschuß eingehend diskutiert wurde und der dort einstimmige Zustimmung gefunden hat. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn auch die Versammlung diesen Bericht einstimmig oder mit großer Mehrheit annehmen würde.

Wir dürfen heute schon gespannt sein auf die Fortsetzung dieses Berichts in unserem nächsten Sitzungsabschnitt. Berichterstatter ist wiederum — wofür ich schon heute herzlich danke — Herr Kollege van der Sanden.

Empfehlung 457

betr. den Aufbau der europäischen Sicherheit

Die Versammlung,

(i) *begrüßt* die unter der niederländischen Präsidentschaft erzielten Fortschritte in Richtung auf eine Neubelebung der WEU, insbesondere die Verabschiedung der Plattform vom 27. Oktober 1987, das koordinierte Vorgehen der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der freien Schiffahrt im Persischen Golf und die Einladung an Portugal und Spanien, der WEU beizutreten;

(ii) *bedauert* jedoch, daß bislang noch keine Zusammenlegung der ministeriellen Organe der WEU erfolgt ist und daß die Reorganisation dieser Organe noch nicht abgeschlossen ist;

(iii) *bedauert* ebenfalls, daß es der Versammlung aufgrund der verspäteten Übermittlung des Jahresberichtes nicht möglich war Stellung zu nehmen, und bedauert auch die mangelnde Bereitschaft des Rates, die Versammlung auf dem im Vertrag und in der Satzung der Versammlung vorgesehenen Weg über seine Aktivitäten zu informieren und besteht letztendlich darauf, daß die Minister dafür Sorge tragen, daß ihre Beamten sich an den mit dem Rat vereinbarten Zeitplan halten;

(iv) *stellt fest,* daß die Neubelebung der WEU bislang wenig in das Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit gedrungen ist;

(v) *berücksichtigt,* daß die Neubelebung nicht nur erhöhte intergouvernementale Tätigkeiten, sondern auch eine Neudefinition der speziellen Funktionen der ständigen Strukturen der Organisation beinhaltet;

(vi) *stellt fest,* daß die im Haushalt vorgesehenen Dienststellen, die in den ministeriellen Organen der WEU noch nicht besetzt wurden, es erlauben würden, den Erfordernissen der Versammlung zu entsprechen, ohne auf den Abschluß der Neuorganisation der ministeriellen Organe der WEU warten zu müssen;

(vii) *nimmt* ebenfalls die der Versammlung am 22. März 1988 vorgelegte Petition von Herrn Hintermann, dem früheren stellvertretenden Generalsekretär der WEU, *zur Kenntnis*;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. weiterhin die verschiedenen Auswirkungen der Haager Plattform zu untersuchen und der Versammlung die Ergebnisse seiner Untersuchung vorzulegen;

2. die Aufrechterhaltung einer koordinierten Präsenz von Marinestreitkräften seiner Mitglieder im Golf solange zu gewährleisten, wie die freie Schiffahrt im Golfgebiet nicht garantiert ist, und gleichzeitig neue Schritte zu ergreifen, um die Anwendung der Resolution 598 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu fördern;

3. die internationale Öffentlichkeit über Art und Umfang seiner Operationen in diesem Gebiet in angemessener Art und Weise zu informieren;

4. mit Dringlichkeit die Verhandlungen über den Beitritt Portugals und Spaniens zum geänderten Brüsseler Vertrag und ihre effektive Beteiligung am westeuropäischen Sicherheitssystem fortzuführen und Schritte zu unternehmen, um den Beitritt aller europäischen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses zu erleichtern, die den Wunsch haben, Mitglied zu werden und sich zuvor verpflichten, die gleichen Bedingungen zu akzeptieren wie Portugal und Spanien;

5. darzulegen, auf welchem Wege er beabsichtigt, die von ihm in der Erklärung von Rom beschlossenen politischen Anstöße für die Kooperation im Rüstungsbereich zu verwirklichen;

6. für das kürzlich von ihm eingeführte Konsultationsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten und auch bei der regelmäßigen Übermittlung von Informationen über seine Aktivitäten an die Versammlung — wozu auch die rechtzeitige Übermittlung des Jahresberichts des Rates gehört — und an die Öffentlichkeit eine aktive Rolle des Generalsekretariats vorzusehen;

7. unverzüglich Status und Aufgaben der WEU-Agentur darzustellen und der Versammlung den Text der Studien, wie versprochen, zuzuleiten;

8. im geeigneten Rahmen und mit eventueller Unterstützung der Agentur Konsultationen aufzunehmen oder fortzusetzen über Lastenverteilung im Bündnis, Abrüstung oder die nachprüfbare Rü-

stungsbegrenzung sowie über Probleme, die für die Sicherheit Westeuropas dadurch entstehen können, daß einer der Bündnispartner Maßnahmen ergreift, die zu einer veränderten Stationierung von NATO-Streitkräften führen könnten, und schließlich die Versammlung über die Ergebnisse dieser Konsultationen zu informieren;

9. der Versammlung im Einklang mit dem dem Rat übermittelten Memorandum aus dem Jahre 1987 unverzüglich die Mittel für die Reorganisation des Sekretariats der Versammlung (Greffe) zur Verfügung zu stellen.

Tagesordnungspunkt:

Zweiter Teil des 33. Jahresberichtes des Rates der WEU

(Drucksache 1140)

Berichterstatter: Außenminister van den Broek (Niederlande), amtierender Vorsitzender des Rates der WEU

(Themen: Auswirkungen des INF-Vertrages auf die Rüstungskontrolle und die Verteidigungsanstrengungen — Rolle der konventionellen und nuklearen Streitkräfte — Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO — Strategie der Konfliktvermeidung — Umstrukturierung der WEU — Gemeinsamer Sitz der ministeriellen Organe)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister! Ich danke Ihnen für die Ausführungen, die Sie zu dem alten Wunsch der Versammlung gemacht haben, die von uns **gewünschten Stellen** zu schaffen. Ich habe inzwischen auch das schriftliche Exemplar Ihrer Rede vorliegen und ersehe daraus, daß wir mit der Erfüllung Ihrer Zusage „without further delay" rechnen können. Können Sie uns diese Zusage datenmäßig etwas näher verifizieren? Aus dieser Frage, Herr Minister, spricht kein Mißtrauen, aber wir hätten gern volle Gewißheit.

Außenminister **van den Broek** *antwortete, daß mit dem Auswahlverfahren für vier Kandidaten unverzüglich begonnen werden könne. Sobald die Verfahren abgeschlossen seien — etwa zum 1. Juli 1988 —, stünden auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Als rein formales Erfordernis sei von der Versammlung noch ein Ergänzungshaushalt vorzulegen.*

Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN): Herr Minister, Sie haben in Übereinstimmung mit der Plattform darauf hingewiesen, daß zur Aufrechterhaltung der Abschreckung die Kombination aus konventionellen und nuklearen Waffen notwendig ist. Gilt diese Position auch für die Zukunft, wenn man feststellen kann, daß die Sowjetunion bereit ist, ihre konventionellen Asymmetrien abzubauen? Und stellt sich dann nicht die Frage nach der bisherigen **Begründung der Nuklearwaffen?** Sie lautete — so ist das unseren Bevölkerungen gesagt worden —: Die NATO braucht Nuklearwaffen, weil die Sowjetunion konventionell überlegen ist. Wenn es diese konventionelle Überlegenheit in absehbarer Zeit nicht mehr geben sollte, wie begründet die NATO dann die Notwendigkeit der Nuklearwaffen?

Bei einer jüngsten Umfrage in der Bundesrepublik — die Frage lautet: Wird zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa die Nuklearwaffe gebraucht? — lauteten die Antworten: nicht notwendig 68 %, notwendig 31 %. Sehen Sie angesichts dieser Stimmung, die in ähnlicher Form sicher auch in anderen nicht Nuklearwaffen besitzenden Staaten Westeuropas vorhanden ist, nicht die Gefahr, daß die Legitimation der gesamten Sicherheitspolitik und auch der Westeuropäischen Union damit in Frage steht?

Außenminister **van den Broek** *erwiderte, daß die WEU-Plattform hierauf keine vollständige Antwort gebe. Sie gehe davon aus, daß die nukleare Komponente jedenfalls in voraussehbarer Zukunft für eine glaubwürdige Abschreckung unverzichtbar sei. Nach seiner persönlichen Einschätzung sei es aus Gründen der geographischen und geostrategischen Lage Westeuropas selbst im Falle eines konventionellen Gleichgewichtes zweifelhaft, wirksame Sicherheit ohne Nuklearwaffen zu erreichen. Wichtig sei es, der Bevölkerung gegenüber immer wieder zu betonen, daß die Nuklearwaffen keinem Offensivkonzept, sondern der Abschreckung dienten. Alle Anstrengungen seien darauf zu richten, die Nuklearwaffenarsenale auf beiden Seiten so weit wie möglich zu verringern, ohne dabei allzusehr die Illusion einer nuklearfreien Welt zu nähren.*

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Minister! Wir können heute sicherlich nicht alle Probleme der nuklearen Strategie lösen. Ich möchte aber in Anknüpfung an die Frage des Kollegen Mechtersheimer doch eine kurze Bemerkung machen und eine sich anschließende Frage stellen.

Wenn das Dogma, daß die **Präsenz von Nuklearwaffen** in Europa entscheidend dazu beigetragen hat, den Krieg zu verhindern, richtig ist, warum versuchen die Atommächte der Welt dann nicht in jenen Regionen der Welt, in denen es besonders viele Konflikte gibt, den dort beteiligten Konfliktparteien Atomwaffen zu liefern. Dann wären die Konflikte doch gelöst! Das heißt, diese Logik kann so nicht richtig sein. Es ist doch offensichtlich die relative Rationalität der hier in Europa auf beiden Seiten beteiligten Länder nach 1945 vor dem Hintergrund der schmerzhaften historischen Erfahrungen, die den Krieg entscheidend verhindert hat, und nicht die Existenz von Nuklearwaffen. Sind auch Sie dieser Meinung?

Außenminister **van den Broek** *entgegnete, daß man auch umgekehrt fragen könne, ob die Tatsache, daß keiner dieser zahlreichen Konflikte in Europa stattgefunden habe, etwas mit der nuklearen Abschreckung zu tun habe. Wenn Gorbatschow so stark für die Denuklearisierung eintrete, dann deshalb, weil er Nuklearwaffen für nutzlos halte, da aufgrund ihrer Existenz ein Krieg heute nicht mehr zu gewinnen sei. Dies mache den Abschreckungscharakter von Atomwaffen deutlich. Im übrigen gelte es, jede Art von Konflikten zu verhindern, auch den konventionellen Konflikt.*

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Minister, wie erklären Sie es sich dann, daß die amerikanische Seite vor einigen Tagen beim Gipfel in Moskau nicht bereit war, einer

Formulierung im Kommunique zuzustimmen, **nach der Konflikte** künftig nicht nur nicht mit nuklearen Waffen, sondern überhaupt nicht mehr mit militärischer Gewalt, also **mit keiner Art von Waffen, gelöst werden sollen?**

Außenminister **van den Broek** *räumt ein, daß es angesichts des Defensivcharakters des Atlantischen Bündnisses unverständlich wäre, einer solchen Formulierung nicht zuzustimmen. Ihm sei allerdings nicht bekannt, daß dies die offizielle amerikanische Position sein solle.*

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister, eine kurze Frage: Wir haben in Europa etwas mehr als 200 Kernkraftwerke. Wir haben Tausende von chemischen Firmen, die Produkte von einer ungeahnten Giftigkeit, einer ungeheuren Toxizität herstellen. Teilen Sie meine Auffassung, daß **jede militärische Auseinandersetzung in Europa,** auch wenn sie auf herkömmliche Waffen beschränkt bliebe, gleiche **Auswirkungen wie ein chemischer oder wie ein nuklearer Krieg** hätte? Wir alle haben erlebt, welche Auswirkungen auf Westeuropa der Unfall in Tschernobyl hatte, das rund 2 000 km entfernt liegt. Wie kann man sich einen Krieg in Europa vorstellen, ohne daß Nuklearzentralen und chemische Firmen angegriffen werden? Teilen Sie meine Auffassung, daß auch ein Krieg mit konventionellen Waffen in Europa zu gleichen Auswirkungen führen würde wie ein Krieg mit nuklearen oder mit chemischen Waffen? Muß diese Erkenntnis nicht alle Europäer zu noch stärkeren Bemühungen um die Erhaltung des Friedens anspornen?

Außenminister **van den Broek** *erinnert daran, daß man anläßlich eines Angriffes Israels auf ein irakisches Atomkraftwerk eine internationale Konvention gefordert habe, die derartige Angriffe untersage. Selbst wenn es eine entsprechende Konvention gebe, wäre dies keine Garantie dafür, entsprechende Angriffe in einem militärischen Konflikt zu verhindern. Die einzige Antwort, die er in Anknüpfung an seine obigen Ausführungen geben könne, sei, daß alle Anstrengungen auf die Verhinderung jeglicher bewaffneter Konflikte gerichtet sein müßten. Im übrigen teile er die Ansicht, daß selbst eine auf konventionelle Waffen beschränkte Auseinandersetzung zu einer absoluten Katastrophe für die Menschheit führen würde.*

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer

Staatsminister **Schäfer** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen, Herr Präsident, zunächst sehr herzlich zu Ihrer Wiederwahl in diese wichtige Position gratulieren und darf meiner ganz besonderen nicht nur nationalen, sondern auch persönlichen Freude Ausdruck verleihen.

Meine Damen und Herren, ich nehme sehr gern die Gelegenheit wahr, zum erstenmal zu Ihnen zu sprechen. Dies um so mehr, als sich wenige Tage nach dem erfolgreich verlaufenen Gipfel in Moskau die Frage stellt, welchen spezifischen Beitrag wir Europäer in Zukunft zur Wahrung unserer Sicherheit und zum Ausbau unserer Beziehungen zum Osten leisten können und welche Rolle dabei die WEU spielt.

Zunächst gilt es festzustellen, daß die seit 1984 eingeführten halbjährlichen Tagungen der WEU auf Ministerebene, an denen die Verteidigungsminister gemeinsam mit den Außenministern teilnehmen, sich bewährt haben. Sie haben einen intensiven vertraulichen Meinungsaustausch über alle Fragen der Sicherheitspolitik ermöglicht, über die wir im Rahmen der EPZ noch nicht sprechen können.

Das Spektrum dieser Konsultationen reicht über die ganze Breite der Sicherheitspolitik, von der Verteidigungspolitik und strategischen Fragen über die Probleme der Abrüstung und Rüstungskontrolle bis hin zur Vertrauensbildung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten zwischen West und Ost.

Man darf ohne Übertreibung sagen, daß dieser Prozeß einen sicherheitspolitischen Konsens ergeben hat, der sich dann im Oktober 1987 in der sogenannten Plattform in politisch verbindlicher Form niederschlug. Diese Plattform enthält klare Definitionen der **Grundlinien unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik.** Die Aussagen zur Strategie der Kriegsverhütung, zur Atlantischen Partnerschaft, zum Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle oder zum KSZE-Prozeß waren so überzeugend, daß manche von ihnen auch in die Erklärungen des NATO-Gipfels vom 3. März 1988 aufgenommen worden sind.

Der in der WEU geschaffene Rahmen für sicherheitspolitische Konsultationen war auch die Voraussetzung dafür, daß einige Mitgliedstaaten in nationaler Entscheidung Einheiten ihrer Marine zum Schutz der Freiheit der Schiffahrt in den Persischen Golf entsandten. Ohne die Priorität einer friedlichen politischen Lösung des Konfliktes zwischen dem Irak und dem Iran im Rahmen der Vereinten Nationen aufzugeben, hat die Zusammenarbeit in der WEU eine Teilung der Lasten bei Wahrung legitimer Interessen auch außerhalb Europas ermöglicht.

Die Zusammenarbeit in der WEU in den letzten Jahren hat auch Frankreich verdeutlicht, daß europäische Sicherheitspolitik ohne eine aktive, sich an Verantwortung und Lasten voll beteiligende französische Rolle nicht möglich ist.

Die WEU hat sich zu einem Instrument entwickelt, das den westeuropäischen Staaten Gelegenheit gibt, ihrer Politik der Zusammenarbeit eine sicherheitspolitische Dimension zu verleihen, die im Rahmen der Zwölf bisher nicht möglich war. Es war deshalb richtig und konsequent, daß wir dem Wunsch Portugals und Spaniens entsprochen haben und seit dem 26. Mai dieses Jahres mit den beiden Partnern in der Gemeinschaft über ihren Beitritt zur WEU sprechen.

Spanien und Portugal wissen spätestens seit Verabschiedung der Plattform, daß sie sich damit nicht nur einem Verteidigungsbündnis mit vorbehaltloser Beistandsklausel, sondern einem Teil der europäischen Integration anschließen. Ihr Beitritt zur WEU wird für alle, die die Europäische Union wollen, eine Ermuti-

gung sein. Für die Bundesregierung, die diesen Beitritt seit langem unterstützt hat, bedeutet er eine große Befriedigung.

Nach erstem Zögern 1984 hat die Entwicklung der WEU seitdem unsere nordamerikanischen Verbündeten überzeugt, daß die zunehmende Nutzung der WEU durch die Europäer tatsächlich geeignet ist, das vielfach beschworene **Konzept von der europäischen Säule des Bündnisses** nun endlich in die Tat umzusetzen. Die Entwicklung der WEU hat gezeigt, daß sie das Bündnis eben nicht spaltet, sondern letztlich stärkt. Es ist eine von allen amerikanischen Nachkriegsregierungen verfolgte Politik, den Zusammenschluß Europas auch im sicherheitspolitischen Bereich zu fördern, da ein solcher Zusammenschluß die beste Chance bietet, die atlantische Partnerschaft ausgewogen und gerade dadurch dauerhaft zu gestalten; der Aspekt des „burden sharing" kommt hinzu.

Die Reaktion der Sowjetunion und der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes auf die Fortschritte der europäischen Integration ist ambivalent. Immerhin hat der Präsidialausschuß dieser Versammlung auf Einladung des Obersten Sowjet Moskau besucht, auch wenn die Entwicklungen im sicherheitspolitischen Bereich ein gemischtes Echo fanden. Die jahrelangen **Verhandlungen zwischen EG und RGW** stehen nun vor einem erfolgreichen Abschluß.

Die WEU-Plattform bekräftigt, daß Dialog und Zusammenarbeit wesentliche Bestandteile unserer Sicherheitspolitik sind. Darin zeigt sich einmal mehr, daß das sich auch politisch zusammenschließende Westeuropa sich damit nicht abkapselt, sondern seinen Zusammenschluß einordnet in den breiteren Rahmen einer Politik, die auf eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ganz Europa gerichtet ist. Wir sind sicher, daß ein sich zusammenschließendes Westeuropa die besten Voraussetzungen als Partner beim Aufbau einer europäischen Friedensordnung bieten kann.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur eine Redensart, wenn die **Plattform** und die **Gipfel-Erklärung der NATO** dieses Ziel einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa erneut bekräftigt haben. Es geht dabei vielmehr um die Beschreibung der Ziele, auf die unsere gesamte operative Sicherheitspolitik und jeder Schritt ausgerichtet ist, den wir mit dieser Politik tun.

Es geht also nicht nur um die Erhaltung des Friedens durch Maßnahmen zur Verhütung des Krieges. Es geht um die konstruktive Gestaltung des Friedens, um dadurch die Ursachen, aus denen die Spannungen in Europa entstanden sind und entstehen, allmählich zu beseitigen. Die wesentliche Ursache für diese Spannungen ist aber die Teilung unseres Kontinents. Die Plattform sagt deshalb, daß wir es unseren Völkern schulden, diese Lage zu überwinden und im Interesse aller Europäer alle sich eröffnenden Möglichkeiten für weitere Verbesserungen auszuschöpfen.

Plattform und Gipfel-Erklärung haben auch die Mittel beschrieben, mit denen wir dieses Ziel erreichen wollen. Politische Solidarität und ausreichende militärische Stärke im Atlantischen Bündnis bleiben wichtige Voraussetzungen. Die Sowjetunion befindet sich in einem Prozeß des Wandels und daran gibt es wohl kaum mehr einen Zweifel. Trotzdem können auf längere Sicht das globale und das europäische Gleichgewicht nur aufrechterhalten werden durch eine lebenskräftige Atlantische Allianz. Das setzt voraus, daß Europäer und Amerikaner einen fairen Anteil an Lasten und Risiken des Bündnisses tragen. Zur Kriegsverhütung braucht das Bündnis für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Mischung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik. Sie können die Verteidigungsanstrengungen nicht ersetzen. Sie sollen zu nachprüfbaren Vereinbarungen führen, mit denen ein stabiles und gesichertes Kräftegleichgewicht auf niedrigerem Niveau hergestellt wird.

Wirklicher Friede kann aber weder allein durch Verteidigungsanstrengungen noch durch Rüstungskontrolle gesichert werden. Zusammenarbeit und Dialog, eine immer engere Verflechtung der gegenseitigen Interessen müssen hinzukommen und zur Vertrauensbildung beitragen. Der **KSZE-Prozeß** ist der Fahrplan zu dieser Entwicklung. Er zeichnet den Weg vor zu dauerhaften, stabilen und konstruktiven Beziehungen zwischen Ländern in West und Ost als auch zu engeren Kontakten zwischen Völkern und Menschen in ganz Europa. Betrachten wir das gegenwärtige Umfeld für eine solche europäische, im Atlantischen Bündnis verankerte Politik.

Der gerade beendete Moskauer Gipfel hat zweifellos eine Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gebracht. Das INF-Abkommen ist nunmehr in Kraft getreten. Der Rückzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan hat begonnen. Andere regionale Konflikte wurden zum Teil einvernehmlich behandelt. Menschenrechtsfragen wurden bereits angesprochen, wobei es nicht nur um prominente Einzelfälle geht. Während z. B. 1985 nur 460 Deutschstämmige aus der Sowjetunion ausreisen durften, waren es im vergangenen Jahr 14 488! Und dieses Jahr zeigt die Entwicklung weiter steigende Tendenz. Interessant ist auch die Zuwachsrate bei jüdischen Auswanderern.

Die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen ist nicht auf die Supermächte begrenzt. Von der gemeinsamen Erklärung zwischen der EG und dem RGW sprach ich schon. Der Erfolg der **Stockholmer Konferenz** über Vertrauen und Abrüstung in Europa hat die Basis geschaffen, auf der wir jetzt bei der Wiener Folgekonferenz aufbauen können. Wir bedauern, daß sich diese Konferenz so lange hinausgezögert hat, sehen aber gute Chancen für ein baldiges Ende und damit auch den Beginn von Verhandlungen über konventionelle Stabilität und Abrüstung im Herbst dieses Jahres.

Wenn man nach den Ursachen für diese Entwicklung fragt, so liegen sie zum einen in dem beharrlichen Festhalten des Westens an seinen politischen Zielen. Langer Atem, verbunden mit der Bereitschaft zum Interessenausgleich, hat sich ausgezahlt. Westliche Vorstellungen über Transparenz und Verifikation haben sich in Stockholm durchgesetzt, und die Verhandlungen über das INF-Abkommen, auch die START-Verhandlungen und die über ein weltweites Verbot von chemischen Waffen, wesentlich gefördert. Es be-

steht aber kein Zweifel daran, daß die neue sowjetische Führung unter Generalsekretär Gorbatschow mit ihrem mutigen und selbstkritischen Denken und Handeln, mit ihren Reformansätzen und ihrer Verhandlungsbereitschaft ebenso wesentlich dazu beigetragen hat.

Die Entwicklung, die sich derzeit in der Sowjetunion vollzieht, hat — wie Generalsekretär Gorbatschow zu Recht selbst feststellt — revolutionären Charakter. Ohne in Euphorie zu verfallen, sondern bei nüchterner Betrachtung müssen wir erkennen, daß die Sowjetunion sich in dem Willen, ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaft effektiver zu gestalten, nach innen und außen öffnet. Damit wird sie für die **West-Ost-Zusammenarbeit** zu einem besseren und berechenbareren Partner. Die Möglichkeiten, die sich uns dadurch eröffnen, sollten wir nicht gering schätzen. Wir haben die Chance einer durchgreifenden Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses, die es zu nutzen gilt.

Der Ausgang der Ende Juni bevorstehenden All-Unions-Konferenz der KPdSU wird weiteren Aufschluß geben, wie diese aufregende Entwicklung in der Sowjetunion weiter verlaufen wird.

Die neue Dynamik in den West-Ost-Beziehungen hat aber auch die amerikanische Politik ergriffen. Dies zeigt sich bei den START-Verhandlungen, bei denen eine neue Definition strategischer Stabilität versucht wird. Die Verbreiterung des Dialogs der Supermächte über Afghanistan hinaus ist eine der Voraussetzungen für den Erfolg bei der Regelung in anderen Krisenregionen. Die Einigung über die Sicherheitsrats-Resolution 598 hat die Basis geschaffen, auf der die Bemühungen um die Lösung des Konfliktes zwischen Iran und Irak vorangetrieben werden können.

Bei der Diskussion sowohl über das südliche Afrika als auch über den Nahen Osten, Mittelamerika und Kambodscha zeigt sich eine Annäherung der Standpunkte beider Großmächte. Das beiderseitige Interesse an einer Eingrenzung regionaler Konflikte ist erkennbar.

Beide Staaten passen dabei auch ihr globales Engagement an die ihnen verfügbaren Ressourcen an. Dieses Ziel wird auch jeder künftige Präsident in Washington verfolgen. Dies ist eine, gerade für uns als die wesentlichen Verbündeten, fundamental wichtige Entwicklung. Die weltwirtschaftlichen Gewichtsverschiebungen der letzten Jahrzehnte und gerade auch der allerletzten Jahre haben auch sicherheitspolitische Konsequenzen. Wer das Atlantische Bündnis zukunftsfähig machen will, der muß zwangsläufig seinen europäischen Pfeiler stärken!

Es geht also auch um eine **Neubalancierung der Gewichte in der Allianz.** Lasten und Risiken im Bündnisbereich, aber auch außerhalb davon müssen entsprechend der Kraft der Bündnispartner und der Intensität ihrer Interessen getragen werden. Wir Europäer legen Wert darauf, daß gemeinsame Verantwortung für die Entscheidung des Bündnisses auch Mitsprache bei der Entscheidungsfindung bedeutet.

Unsere Völker werden dieses Bündnis um so bereitwilliger unterstützen, je deutlicher sie erkennen, daß auch ihre Interessen berücksichtigt werden. Gerade jetzt kommt es darauf an, daß die Ausrichtung des Bündnisses auf Kriegsverhütung und Friedensgestaltung gerade auch in der Definition unserer Verteidigungsanstrengungen deutlich wird.

Dies ist das Ziel der vom Bündnis beschlossenen **Fortentwicklung des sogenannten Gesamtkonzeptes.**

Wir wollen mit der Erstellung dieses Gesamtkonzeptes das Vertrauen in die bewährte, umfassend definierte Sicherheitspolitik des Bündnisses stärken.

Wir wollen dabei auch die Frage beantworten, welche nuklearen und konventionellen Mittel wir für eine glaubhafte Abschreckung wirklich brauchen. Dabei wird auch die Frage nach der Funktion, die die nuklearen Streitkräfte der europäischen Nuklearmächte für die gemeinsame Sicherheit Europas erfüllen, nicht unberücksichtigt bleiben können.

Wir wollen mit diesem Gesamtkonzept auch unsere Ziele in der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik präzisieren, aus der kein Bereich der Rüstungen ausgespart werden darf. Wir haben ein Rüstungskontrollkonzept. Es muß nur fortentwickelt und dann auch energisch vertreten werden.

Bei den hoffentlich bald beginnenden **Verhandlungen über konventionelle Stabilität** geht es um die Kernfrage der europäischen Sicherheit. Es geht um mehr als nur um ein numerisches Gleichgewicht. Wir wollen Gleichgewicht auf einem zahlenmäßig niedrigen Niveau der Waffen. Wir wollen die Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive. Nachdem nunmehr Einverständnis darüber besteht, daß in Wien nur über konventionelle, nicht aber auch schon über Nuklearwaffen verhandelt werden soll, scheint mir auch eine baldige Einigung über das Verhandlungsmandat möglich.

Bei den Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen liegen westliche Vorschläge auf dem Tisch. Wir sollten hier bald zum Abschluß kommen. Bei den Nuklearwaffen darf der Rüstungskontrollprozeß im Interesse der europäischen Sicherheit nicht beim INF-Abkommen und dem in Aussicht stehenden START-Abkommen aufhören. Unsere Sicherheit ist auch durch ein großes Ungleichgewicht in anderen Bereichen gefährdet, etwa bei den Kurzstreckenwaffen unter 500 km.

Auf die WEU kommen wichtige Aufgaben bei der Arbeit an diesem Gesamtkonzept zu. Das Umfeld der europäischen Sicherheit ist in einer dynamischen Entwicklung. Wir müssen **definieren, was die relativ abstrakten sicherheitspolitischen Grundsätze der Plattform konkret bedeuten und wie wir sie gemeinsam anwenden wollen.** Deshalb werden wir uns in unseren Konsultationen — auch zur Vorbereitung des Gesprächs mit den USA — vor allem mit folgenden Themen befassen:

- die spezifisch europäischen Interessen in den Verhandlungen über konventionelle Stabilität,
- die möglichen Konsequenzen der START-Verhandlungen für Europa,
- die Rolle der nuklearen und konventionellen Komponenten der Abschreckung,

— die Lastenteilung im Bündnis sowie mögliche europäische Initiativen zur Gewährleistung ausgewogener transatlantischer Beziehungen.

Europäische Konsensbildung über diese wichtigen Fragen kann einen zentralen Beitrag bei der Weiterentwicklung des westlichen Gesamtkonzeptes leisten.

Die Bundesregierung bekennt sich dazu, daß qualitative Schritte zur weiteren Integration der europäischen Sicherheitspolitik das beste Mittel sind, um einen höheren Beitrag zur Friedenserhaltung und -gestaltung zu leisten.

Die Einordnung der französischen Streitkräfte in die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen ist dabei sowohl verteidigungs- wie rüstungskontrollpolitisch von wesentlicher Bedeutung, indem die Verteidigung an den Grenzen verbessert wird und keine Westeuropa sicherheitspolitisch spaltenden Zonen unterschiedlicher Sicherheit zugelassen werden.

Wichtig ist auch die bessere Nutzung der begrenzten Ressourcen; dazu können politische Anstöße für einen einheitlichen freien Rüstungsmarkt und für ein an den militärischen Anforderungen orientiertes, Doppelentwicklungen vermeidendes System der Rüstungsplanung beitragen.

Diese konkreten und nicht einfach zu lösenden Aufgaben müssen angegangen werden. Die WEU ist ein wichtiges Instrument. Sie ergänzt die Bemühungen in EPZ und EG.

Die Bundesregierung vertraut dabei auf die Hilfe dieser Versammlung und ihrer Mitglieder. Ihre **Arbeit** hier **in dieser Versammlung und** zu Hause **in den nationalen Parlamenten** stellt die Bemühungen der Regierungen auf eine zusätzliche demokratische Grundlage. Unsere nationalen Parlamente, denen es seit der Direktwahl zum Europäischen Parlament an unmittelbarem Zugang zu europäischen Fragen mangelt, brauchen Ihre europäischen Erfahrungen, meine Damen und Herren. Die Regierungen brauchen Ihr Engagement und Ihre Kritik. Sie erfüllen damit eine wichtige Rolle bei der Überwindung nationaler Egoismen.

Ich bin Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie die oft schwierige Aufgabe der Regierungen, die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Integrationspolitik zu entwickeln, auch in Zukunft kritisch begleiten und mit Ihrem Verständnis und Ihrem Engagement für einen Erfolg unserer gemeinsamen Sache beitragen.

Frau Dr. Timm (SPD): Herr Präsident! Heute vormittag, Herr Staatsminister, haben wir uns recht intensiv über die Probleme der Organisation der europäischen Sicherheit auch im Zusammenhang mit den Gremien der WEU, mit den Gremien des Rates und der Versammlung unterhalten. Wenn ich mich recht erinnere, in Bonn im Mai, als wir miteinander redeten, sprachen Sie davon, daß sich die Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln scheinen wie in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, nämlich in den Hauptstädten, und weniger — wenn ich Sie richtig verstanden habe — in bezug auf die Stärkung einer multilateralen Organisation der WEU.

Sie sprachen heute sehr intensiv auch von dem Gewicht der Konsultationen, von den halbjährigen Tagungen unter den Regierungen auf Ministerebene und sagten: Wir können da fast schon vertrauensvoller zusammenarbeiten und reden als im Bereich der europäischen Zusammenarbeit.

Ich würde Sie in diesem Zusammenhang gerne fragen: Was ist Ihre Einschätzung? Sie, glaube ich, würde für unsere Debatte von heute vormittag sehr wichtig sein in bezug auf die **Zukunft der Form dieser europäischen Sicherheitsintegration.** Welche Formen werden sich entwickeln? Worauf müssen wir miteinander Schwergewicht legen: auf die Organisation oder auf das, was sich politisch an Konsultationen aus den Hauptstädten entwickelt? Auch im Bereich des Budgets ist dies eine Frage. Ich bin in diesen Gremien ziemlich neu. Das alles ist mir aber in diesen Tagen als sehr bedeutsam aufgefallen.

Darf ich noch eine zweite Frage, Herr Präsident, zu einem ganz anderen Gebiet stellen? — Herr Staatsminister, Sie haben davon gesprochen — auch darüber haben wir in diesen Tagen hier sehr viel geredet —, wie man die Entwicklung in Sowjet-Rußland einschätzen kann und sollte nach dem Gipfeltreffen und der erfolgreichen Unterzeichnung der Verträge. Sie sprechen — wenn ich es recht sehe — von der **Chance einer besseren Zusammenarbeit** mit einem besseren und berechenbareren Partner. Dies ist nun sehr interessant. Das möchte ich — wenn Sie mögen und können — ein bißchen besser und weiter ausgeführt hören; denn im Grunde ist die Dynamik, die in dieser Entwicklung steckt, gerade das, was hier — wie mir scheint — eine ganze Reihe unserer konservativen Kollegen so beängstigt; mich weniger, muß ich gestehen. Dazu würde ich gerne Ihre Einschätzung kennen. Wenn es berechenbarer ist, muß für uns in der Dynamik eine größere Chance liegen als in den Ängsten, die unsere konservativen Kollegen hier noch sehr stark zum Ausdruck bringen.

Herzlichen Dank.

Staatsminister **Schäfer** (Bundesrepublik Deutschland): Frau Kollegin Timm, es ist für mich als Vertreter einer Regierung sehr schwer, über die Zukunft der Organisation der WEU Maßgebliches anzuregen. Ich wollte bei meiner Rede vor den deutschen Parlamentariern zum Ausdruck bringen, daß es notwendig ist, daß wir uns mehr als bisher informieren, d. h., daß — national gesehen — die Regierungen mit ihren jeweiligen Parlamentariern vor Ort in den Hauptstädten engere Kontakte aufnehmen und Informationen frühzeitiger geben. Das war ein altes Petitum der Mitglieder dieses Hauses.

Wir können hier natürlich nicht für andere Regierungen sprechen. Wir haben es jetzt versucht. Ich hoffe, daß das fortgesetzt wird. Ich bin allerdings auch der Meinung, nachdem ich die Stimmung heute hier von einigen Abgeordneten gehört habe, daß man, Herr Präsident, natürlich auch darüber nachdenken kann, inwieweit man die unmittelbaren Informationen der Mitglieder dieser Parlamentarischen Versammlung über die Tagungen und Besprechungen auf Ministerebene verbessern könnte, d. h. Informationen und Texte schneller zur Verfügung stellen könnte, damit

sie in diesen Prozeß der Konsultationen stärker einbezogen sind und dann auch frühzeitiger sowohl in ihren jeweiligen Hauptstädten wie auch hier reagieren können. Ich glaube, das ist eine Frage, die sicher wichtig ist.

Sie meinten es ja, Frau Timm, in dem Sinn: Welche Rolle wird dieses Gremium in Zukunft spielen? Ich gehe davon aus, daß bei den wachsenden Bemühungen der beiden Großmächte, sich in vielen Fragen schnell verständigen zu können, das europäische Interesse jetzt sein muß, sich sozusagen dazwischen gut zu behaupten und die eigenen Vorstellungen mehr ins Spiel zu bringen, um nicht das Gefühl zu bekommen, wir werden von den beiden Großmächten in einer ganzen Reihe von Fragen möglicherweise überspielt. Ich unterstelle das gar nicht, weil der amerikanische Präsident immer wieder betont, daß er konsultiert. Aber Europa hat ja spezifische Interessen. Ich glaube, die muß man gerade in der WEU, was die Sicherheitspolitik betrifft, deutlich formulieren und einbringen können. Das würde zu einer Stärkung unserer Rolle beitragen können in einem Prozeß der zweifellos angefangen hat.

Zur zweiten Frage, zur weiteren Entwicklung in der Sowjetunion, Frau Kollegin. Es wird den Deutschen gelegentlich vorgeworfen — ich glaube, das ist ein etwas unsinniger Vorwurf —, wir seien vielleicht diejenigen, die diese Entwicklung am sympathischsten fänden und dafür auch eine gewisse Euphorie entwikkelten. Ich halte diesen Vorwurf für unberechtigt; aber wir sind vielleicht in der Lage, Feindbilder etwas schneller abzubauen — das möchte ich hier sagen dürfen —, als es andere können.

Ich meine aber, wir versuchen natürlich auch, da wir ja nun wirklich an der Grenze dieses Ost-West-Systems stehen, Entwicklungen in der Weise zu verfolgen, daß wir nicht erst abwarten wollen, bis der allerletzte Beweis erbracht worden ist, daß das hervorragend ausgehen wird. Wir versuchen vielmehr, schon auf dem Wege dorthin alles zu tun, damit diese Entwicklungen vorangetrieben werden können. Ich meine, wir sollten uns nicht zurücklehnen und sagen: Wir sehen einmal zu, ob sich Gorbatschow durchsetzt oder scheitert. Wir müssen vielmehr in einer frühen Phase alles tun, um ein solches Scheitern letztlich in unserem Interesse zu verhindern. Das läßt sich natürlich durch den Dialog und durch die KSZE ermöglichen. Das läßt sich ferner dadurch ermöglichen, daß man mit den Sowjets über Menschenrechte und Abrüstung hart verhandelt, aber auch den Bereich einer besseren wirtschaftlichen Kooperation nicht außer acht läßt, die diesen Prozeß möglicherweise befördern.

Wir wissen nicht, wie dieser Prozeß zu Ende geht, aber es besteht für uns keinerlei Grund, so lange zu warten, bis ein solcher Prozeß abgeschlossen ist. Man sollte diesen Prozeß mit aller gebotenen Vorsicht jetzt schon nutzen, ohne jede Euphorie, aber mit Realismus.

Vielen Dank.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister, darf ich Ihnen eine Frage stellen, die mir als deutschem Abgeordneten in dieser Versammlung in den vergangenen Monaten wiederholt gestellt worden ist. Welche Bedeutung hat die verstärkte französisch-deutsche Zusammenarbeit, die sich beispielsweise in dem **gemeinsamen Verteidigungsrat** oder — noch spektakulärer — in der **Aufstellung einer gemeinsamen französisch-deutschen Brigade** ausdrückt?

Ich möchte nicht verhehlen, daß mir diese Frage manchmal auf Grund einer gewissen Irritation gestellt wurde und daß durch die verstärkte Zusammenarbeit bei Kolleginnen und Kollegen anderer Länder auch eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen wurde. Deshalb möchte ich Sie bitten, den Standpunkt der deutschen Bundesregierung dazu darzulegen.

Schönen Dank.

Staatsminister **Schäfer** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Kollege, Sie stellen eine Frage, die mir von Abgeordneten dieses Hauses auch bei Dialogen in Bonn schon wiederholt gestellt worden ist. Es ist immer etwas schwierig, einen solchen Prozeß in allen Details zu beschreiben. Ich glaube, zunächst darf man feststellen: Die deutsch-französische Zusammenarbeit funktioniert sehr gut, und sie dient dem Ganzen. Es gibt also weder einen deutsch-russischen Sonderweg, wie einige vermuten, die uns nicht sonderlich mögen, noch gibt es einen deutsch-französischen Sonderweg gegen oder neben Europa. Es kann nur eine deutsch-französische Zusammenarbeit geben, die Europa stärkt.

Angesichts des besonderen militärischen Verhältnisses, der Relation Frankreichs zur NATO und zu anderen Systemen und der besonderen Rolle, die Frankreich spielt, ist es, glaube ich, sehr gut für Europa, wenn die Fronten durch eine gemeinsame deutsch-französische Initiative etwas aufgelockert werden. Ich habe mit großem Interesse die Reaktion des französischen Publikums auf diese Entwicklung verfolgt. In Umfragen wird das von der großen Mehrheit begrüßt, die Erkenntnis setzt sich durch, daß Frankreichs Verteidigung nicht erst am Rhein beginnen kann, sondern zwangsläufig weiter östlich beginnen muß, wenn man moderne Strategien untersucht. Unsere Bemühungen in Frankreich gehen in die Richtung, daß wir Frankreich gemeinsam mit unseren Streitkräften in dem gemeinsamen Gedanken sehen möchten, dieses ganze Europa und nicht nur einen Teilbereich zu verteidigen. Wenn Sie mit dieser Antwort zufrieden sind, möchte ich mich gern darauf beschränken.

Es gibt eine zusätzliche Überlegung, die ich hier noch nennen möchte. Bei der französischen Brigade hat auch die Frage eine Rolle gespielt, ob die französische Verpflegung für Soldaten möglicherweise besser als die deutsche ist.

Schmidt (München) (SPD): Herr Staatsminister, zur Einleitung Ihrer Rede haben Sie der WEU das etwas zweifelhafte Kompliment gemacht, daß man hier Fragen besprechen kann, die man im Rahmen der EPZ „noch nicht" — so war die Formulierung — bereden kann. Darf ich aus der Formulierung „noch nicht" schließen, daß die Bundesregierung anstrebt, **Verteidigungsfragen in die EPZ,** also in die Europäische Gemeinschaft, hineinzutragen, und, wenn dies so wäre, ist sich die Bundesregierung der rechtlichen und politischen Schwierigkeiten bewußt?

Als letztes: Worin soll eigentlich der Vorteil liegen, das aus diesem Gremium, wohin es gehört, herauszunehmen und in die EPZ hineinzunehmen?

Staatsminister **Schäfer** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Kollege, aus meinem „noch" haben Sie ungeheure Schlüsse gezogen. Ich muß Ihnen sagen: So ist es natürlich nicht gemeint gewesen. Wir sind uns der Schwierigkeiten und auch der rechtlichen Lage durchaus bewußt, und deshalb setzen wir so stark auf die WEU. Nur können wir und kann niemand hier ausschließen, daß in der Europäischen Gemeinschaft eine Entwicklung einsetzt, die, wie wir alle hoffen, zu einer politischen Union führen soll, bei der man eines Tages auch — darauf bezog sich das „noch" — über Verteidigung nachdenkt. Dann wäre die WEU möglicherweise überflüssig. Aber Sie können sicher sein, daß das noch ein langer Prozeß ist und wir nicht die Absicht haben, die WEU schnell durch die EPZ zu ersetzen. Wir setzen zunächst auf die WEU und deren Erweiterung, und wir glauben, daß sie einen ganz entscheidenden Beitrag zur Formulierung einer europäischen Sicherheitspolitik im Rahmen unserer Bündnisverpflichtungen leisten muß.

Die EPZ geht weiter, und wir haben in vielen, vielen Fragen — ich darf an regionale Konflikte erinnern — ein hervorragendes Verhältnis gefunden. Resolutionen waren in sehr vielen Fällen durchaus leichter, manchmal leichter als die Überwindung gewisser Agrarprobleme zu erreichen. Ich bin der Auffassung, das „noch" ist, wenn Sie so wollen, ganz langfristig zu verstehen, und eine solche Entwicklung sollte nicht ausgeschlossen werden. Aber wir haben nicht die Absicht, die WEU möglichst schnell obsolet zu machen und durch die EPZ zu ersetzen.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatsminister, ich möchte an die Frage meines Kollegen Ahrens anschließen. Sie haben vorhin, bezogen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit angeführt, daß Sie sehr daran interessiert sind, daß die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland nicht am Rhein, sondern weiter vorn beginnt. Nur, wenn ich den WEU-Vertrag richtig interpretiere, gibt es nach ihm eine automatische Beistandspflicht. Dies könnte nicht zulassen, daß die Verteidigung der Bundesrepublik erst am Rhein beginnen würde.

Meine Frage in dem Zusammenhang ist, ob beispielsweise die **Hervorhebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit** gleichzeitig die Leistungen anderer WEU-Staaten richtig einschätzt. Mit Verlaub darf ich an die Stationierung und die **Aufgaben der britischen Rheinarmee** in der Bundesrepublik Deutschland erinnern. Es ist ein ständiger Prozeß, der da über Jahre geleistet wird, und wir als Bundesrepublik müssen diese Leistung anerkennen. Ich frage also, ob die Herausstreichung der deutsch-französischen Zusammenarbeit nicht ein bißchen überpointiert ist und die Leistungen anderer vernachlässigt.

Staatsminister **Schäfer** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Kollege, das wäre völlig richtig, wenn der Eindruck entstanden wäre, daß die Herausstreichung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa, wo auch immer, möglicherweise Gefühle erregt hätte, die Europa nicht nützlich wären. Ich würde das sehr bedauern. Ich möchte auch jeden davor warnen, die Herausstreichung der deutsch-französischen Zusammenarbeit so zu betreiben, daß ein solcher Eindruck entstehen könnte. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wird, glaube ich, von allen Staaten in Westeuropa, auch von den WEU-Staaten, als sehr nützlich und sehr positiv gesehen. Sie ist ein wichtiges Element — um nicht zu sagen: ein wesentliches Element — der Einigung Europas. Aber sie darf nicht als eine Art Sonderweg mißverstanden werden.

Ich darf an dieser Stelle nachdrücklich zum Ausdruck bringen — ich hätte das gestern gern auch meinem Freund David Mellor gesagt —, daß die Leistungen anderer Staaten, die im Rahmen des NATO-Bündnisses auf deutschem Territorium militärisch seit Jahren präsent sind, von uns keineswegs vergessen oder gar minder geachtet werden. Das gilt insbesondere für die britische Rheinarmee, aber natürlich auch für Verbände aus Kanada, Belgien, Holland usw. Das übersehen wir keineswegs.

Aber ich bitte doch, uns auch nicht vorzuwerfen, daß unsere besonderen Bemühungen um Frankreich ihren Hintergrund in der besonderen Lage Frankreichs haben. Wir glauben, diese besondere deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO in bezug auf unsere politische Zusammenarbeit — militärisch gesehen außerhalb der NATO, aber in einem Verhältnis, das nicht gegen die NATO gerichtet ist — und auch innerhalb der WEU nützt letztlich der Verteidigung Europas, nützt letztlich auch Frankreich, nützt der Bundesrepublik und richtet sich nicht — ich muß das ausdrücklich noch einmal betonen — gegen irgend ein anderes Mitglied der WEU oder gegen irgendeinen der mit uns befreundeten Staaten in der NATO.

Tagesordnungspunkt:

Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada in Sicherheitsfragen

(Drucksache 1137)

Berichterstatter: Abg. Pontillon (Frankreich)

(Themen: Verteilung der Verteidigungslasten und der politischen Verantwortlichkeiten im Atlantischen Bündnis — Transatlantische Mißverständnisse — Regelmäßige politische Konsultationen und Ausbau der parlamentarischen Kontakte zwischen Europa und Nordamerika — Haager Plattform und Festlegung der europäischen Sicherheitsanforderungen)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank an unseren Berichterstatter M. Pontillon beginnen, und zwar nicht nur für die Ausarbeitung dieses Berichts, sondern auch für die gezielten und sachkundigen Fragen, mit denen er während unseres Besuchs in den USA und Kanada immer wieder die Diskussion bereichert hat.

Wir haben diesen Bericht im Ausschuß diskutiert, den operativen Teil zweimal, den Berichtsteil aus Zeit-

gründen nur einmal; er ist im Ausschuß nach Anregungen unserer Kollegen entsprechend ergänzt und geändert worden.

Mit dem Besuch, den der Ausschuß und auch das Präsidentenkomitee in den USA gemacht haben, haben wir den Dialog mit unseren beiden Verbündeten jenseits des Atlantiks fortgesetzt. Persönlich bin ich immer wieder überrascht oder gar betroffen, mit welcher Fülle von Problemen man im Gespräch mit Vertretern der Weltmacht USA konfrontiert wird. Dabei ist es sicherlich kaum zu vermeiden, daß man auf **Mißverständnisse** in der Beurteilung der Entwicklung in den verschiedensten Teilen der Welt und auch **in der Beurteilung der Situation in Europa** stößt. So hört man auch heute noch hin und wieder die Auffassung, eine Stärkung der WEU könne zu einer Abkopplung Europas und damit zu einer Spaltung des Bündnisses führen.

Wir haben in unseren Gesprächen versucht, solche Mißverständnisse zu beseitigen, Mißtrauen abzubauen und darauf hingewiesen, daß eine Brücke immer nur so stark ist wie ihr schwächster Pfeiler. Es ist übrigens dasselbe Mißverständnis, auf das ich heute nachmittag im Gespräch mit Staatsminister Schäfer hingewiesen habe, das auch in dieser Versammlung geherrscht hat, als über eine intensivere deutsch-französische Zusammenarbeit berichtet wurde.

Sehr unterschiedliche Auffassungen bestehen weiterhin in der Frage des **burden sharing.** Wir müssen versuchen darzulegen, aus welchen Gründen alleine eine Bewertung der Leistungen unserer Länder nach Prozentziffern nicht ausreicht. Meine Damen und Herren, für mich ist das auch nur Erbsenzählerei, genauso unsinnig wie in vielen anderen Bereichen.

Wir haben ganz sicherlich die Einrichtung eines ständigen Kontakts mit beiden Häusern des US-Kongresses nötig. Dabei kenne ich die Schwierigkeiten, die der Realisierung einer solchen Forderung entgegenstehen, etwa der ständige Wahlkampfdruck, der auf unseren Kollegen im Repräsentantenhaus lastet, daneben auch die Abneigung mancher Senatoren, mit europäischen Politikern auf gleichem Niveau zu verhandeln und zu sprechen. Gleichwohl ist ein solcher ständiger Kontakt mit beiden Häusern des US-Kongresses das einzige Mittel, um in Zukunft Mißverständnisse zu vermeiden.

Herr Präsident, Sir Geoffrey hat soeben empfohlen, wir sollten mit den Kolleginnen und Kollegen der Nordatlantischen Versammlung zusammenkommen. Ich möchte einen anderen Vorschlag machen. Sie wissen, daß wir im Europarat einmal im Jahr bei der Diskussion des OECD-Berichts die **Kolleginnen und Kollegen aus dem US-Kongreß** und **aus dem kanadischen Parlament** bei uns in Straßburg treffen. Warum sollte es nicht möglich sein, die zuständigen Kolleginnen und Kollegen beider Parlamente **nach Paris einzuladen,** um mit ihnen zusammen im Ausschuß oder auch in den Plenarsitzungen über Fragen der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu diskutieren. Wir sollten das jedenfalls einmal versuchen. Ich bin davon überzeugt, daß bei einer entsprechenden Vorbereitung ein solches Treffen Gewinn bringen wird.

Sicherlich ist es auch nötig, einen besseren Kontakt zur öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Nordamerika zu finden. Häufiger als bisher müssen Meldungen über unsere Arbeit, unsere Probleme, aber auch über unsere Lösungsvorschläge über den Atlantik dringen.

Auch bei unserem letzten Besuch habe ich wieder empfinden können, wie sehr man sich in Kanada zu Hause fühlt, wenn man aus den USA kommt, fast so, als sei man in Europa.

Dies wurde bei dem besonders herzlichen Empfang deutlich, den uns die Kolleginnen und Kollegen des kanadischen Parlaments bereitet haben. Es wurde aber auch durch die Tatsache bestätigt, daß Kanada ebenso wenig wie die Staaten Westeuropas eine Großmacht ist, daß deshalb unsere Probleme und auch unsere Lösungsvorschläge weithin kongruent sind, jedenfalls aber parallel verlaufen.

Ich teile die auch in dieser Debatte zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß wir Kanada auf keinen Fall vergessen dürfen. Ich werde vorschlagen, daß wir bei der nächsten Reise einmal über Ottawa nach Washington fahren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen, auch im Namen des Ausschusses, für die Beiträge, die Sie heute nachmittag geleistet haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie morgen bei der Abstimmung diesem Bericht zustimmen würden.

Empfehlung 459

betr. Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada in Sicherheitsfragen

Die Versammlung

(i) *vertritt die Ansicht,* daß der Entschluß der Mitgliedstaaten der WEU, durch die Neubelebung der Organisation zum Aufbau Europas beizutragen, eine Festigung der Beziehungen zwischen Europa und seinen nordamerikanischen Verbündeten bedeutet, wie in der Haager Plattform zum Ausdruck gebracht;

(ii) *begrüßt* die Bestätigung der diesbezüglichen Übereinstimmung zwischen beiden Seiten des Atlantiks, die belegt wird durch die öffentliche Befürwortung der Neubelebung der WEU und der Haager Plattform durch den amerikanischen Präsidenten;

(iii) *ist* davon *überzeugt,* daß die Aufrechterhaltung bedeutender amerikanischer Streitkräfte auf westeuropäischem Territorium als Faktor der Abschreckung von größter Bedeutung für die Sicherheit aller Mitglieder des Atlantischen Bündnisses ist;

(iv) *nimmt* mit Befriedigung *zur Kenntnis,* daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas nicht die Absicht haben, ihre militärischen Verpflichtungen im konventionellen und nuklearen Bereich in Europa in Frage zu stellen;

(v) *ist sich bewußt,* daß den staatlichen Stellen und der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten des Bündnisses deutlich vor Augen geführt werden muß, daß eine starke und ausgewogene Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten des Atlantiks die Existenz eines europäischen Pfeilers erfordert;

(vi) *bekräftigt* die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Verteidigungslasten verbunden mit einer besseren Verteilung der politischen Verantwortlichkeiten im Bündnis und betont nachdrücklich die Notwendigkeit von regelmäßig stattfindenden politischen Konsultationen und einer wirklichen Partnerschaft zwischen Europa und Amerika;

(vii) *ist überzeugt,* daß die Verhandlungen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung, von denen sie zuversichtlich hofft, daß sie 1988 aufgenommen werden können und zu positiven Ergebnissen führen, dazu beitragen sollten, die Grundlagen der gemeinsamen Verteidigung zu stärken;

(viii) *ist* ebenfalls davon *überzeugt,* daß die europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsangelegenheiten und die Interessen des Bündnisses es verlangen, die Gefahren, die durch Ereignisse in Gebieten außerhalb des NATO-Vertragsbereiches entstehen könnten, zu berücksichtigen;

— *begrüßt* es, daß die von verschiedenen Staaten durchgeführten Operationen zur Gewährleistung der freien Schiffahrt im Golfgebiet im gegenseitigen Einverständnis erfolgten;

— *stellt fest,* daß diese Operationen zeigen, wie notwendig eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander ist;

(ix) *äußert* den Wunsch, den Meinungs- und Gedankenaustausch mit dem amerikanischen Kongreß und dem kanadischen Parlament weiter auszubauen, noch regelmäßiger durchzuführen und ihn zu institutionalisieren;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses regelmäßig über seine Aktivitäten zu unterrichten;

2. den Medien und der Öffentlichkeit in Nordamerika regelmäßig hinlängliche Informationen über die Art, den Umfang und die Ziele der Neubelebung der WEU, die spezifischen Sachzwänge der WEU-Mitgliedstaaten in Sicherheitsfragen und über die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen;

3. mit Unterstützung der WEU-Agentur die in den Vereinigten Staaten und Kanada publizierten Ansichten über die Zukunft des Atlantischen Bündnisses zu untersuchen;

4. die Lastenverteilung auf die Tagesordnung seiner zukünftigen Treffen zu setzen unter Berücksichtigung der Bedenken und der widersprüchlichen Analysen, die in Nordamerika und in Europa zu diesem Punkt vorgelegt werden;

5. die Agentur anzuweisen, eine Untersuchung über jeden Faktor auszuarbeiten, der bei der Bewertung der Verteidigungslasten zu berücksichtigen ist, die jedes Bündnismitglied für die Gewährleistung der gemeinsamen Sicherheit zu tragen hat, und diese Studie der Versammlung vor Jahresende vorzulegen;

6. die Konsequenzen zu untersuchen, die der kanadische Beschluß, die für die Stationierung in Norwegen vorgesehene Brigade in die Bundesrepublik zu verlegen, für die Sicherheit Westeuropas insgesamt haben könnte;

7. weiterhin die Auswirkungen der am 27. Oktober 1987 verabschiedeten Haager Plattform im Hinblick auf die Festlegung der europäischen Sicherheitsanforderungen im Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle zu untersuchen und dabei

   (i) insbesondere hervorzuheben, welche Bedeutung die Abrüstung im konventionellen Bereich, durch die ein Gleichgewicht auf niedrigstem Niveau in diesem Bereich hergestellt würde, für die Sicherheit Westeuropas hat und darauf hinzuweisen, daß ohne ein solches Gleichgewicht jedes Abkommen zur Begrenzung der nuklearen Kurzstreckenwaffen die Folgen des derzeitigen Ungleichgewichts nur noch verschlimmern würde;

   (ii) auf den baldigen Abschluß eines in allen Teilen zufriedenstellenden Abkommens über die Abschaffung der chemischen Waffen zu drängen, d. h. ein Abkommen, das rigorose Verifikationsverfahren vorsieht;

   (iii) die Regierung der Vereinigten Staaten dringend zu ersuchen, die Truppenstärke der in Europa stationierten Truppen nicht ohne ein vorheriges zufriedenstellendes Abkommen über eine wirksam nachprüfbare Abrüstung im konventionellen Bereich zu reduzieren;

8. regelmäßig zweckdienliche Informationen mit der amerikanischen Regierung über Ziele und militärische Maßnahmen der Mitgliedstaaten der WEU und der Vereinigten Staaten im Persischen Golf auszutauschen;

9. alle Bedrohungen des internationalen Friedens als Diskussionspunkte in den im Rat stattfindenden Meinungsaustausch aufzunehmen.

Donnerstag, 9. Juni 1988

Tagesordnungspunkt:

Die Abrüstung

(Drucksache 1147)

Berichterstatter: Abg. Kittelmann (Bundesrepublik Deutschland)

(Themen: Ratifizierung des INF-Vertrages — Aussichten für Westeuropa nach dem Moskau-Gipfel — Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der WEU — Rolle der Nuklearwaffen — Forschungsarbeiten zur Verifikationstechnologie — Aufgaben der WEU-Agentur)

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ratifizierung des INF-Vertrages ist ein großartiges Ereignis mit möglichen historischen Konsequenzen auf dem Wege zu einer weltweiten Abrüstung.

Meine Damen und Herren, das letzte Gipfeltreffen in Moskau zwischen den politischen Führungen der USA und der UdSSR, immerhin das vierte derartige Treffen in 30 Monaten, ist ein weiterer Schritt in Richtung auf Rüstungsbegrenzung, obschon die Rüstungskontrolle, alles in allem gesehen, nur einen kleinen Teil der Tagesordnung bei diesem Gipfeltreffen in Moskau eingenommen hat.

Zu einer Zeit, wo vertrauensbildende Maßnahmen in Wien und in Genf als fast genauso wichtig wie die tatsächlichen Abrüstungsverfahren angesehen werden, können regelmäßige Treffen der Führungen der beiden Supermächte mit Recht als die vertrauensbildende Maßnahme par excellence bezeichnet werden. Dabei ist immer wieder Voraussetzung, daß die bei einem solchen Treffen meistens mit erzeugte Euphorie nicht dazu führt, daß Entscheidungen gefällt werden, ohne daß den Sicherheitsinteressen der Bündnispartner gebührend Rechnung getragen wird. Für die westliche Seite trifft es generell zu, daß Konsultationen, Briefings und mündliche Berichterstattung regelmäßig und in ausführlicher Art und Weise durchgeführt werden und daß das Bündnis insgesamt Versuche unterstützt, bilaterale Übereinkommen zwischen den USA und der UdSSR über eine Reihe von Fragen sicherzustellen. Das gilt auch für den INF-Vertrag, und das wird auch auf ein mögliches bilaterales Übereinkommen zur Begrenzung der strategischen Flugkörper zutreffen.

Trotzdem war es enttäuschend, daß ein Übereinkommen über eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Systeme der USA und der UdSSR nicht rechtzeitig für den Gipfel fertiggestellt werden konnte; denn mit einem solchen Vertrag wären viele Tausende Nuklearwaffen abgeschafft worden, wobei es gleichzeitig dem Bündnis möglich gewesen wäre, seine abschreckungsstrategische Bedeutung beizubehalten.

Es ist wichtig, daß die präzis festgelegten Erfordernisse für ein wirksam verifizierbares Übereinkommen nicht zugunsten übergroßer Eile geopfert werden. Rüstungskontrolle sollte nicht zu einem Selbstzweck werden. Wir müssen uns für eine kohärente Verbindung zwischen unseren rüstungskontrollpolitischen Zielen und unseren gesamten Sicherheitserfordernissen einsetzen. Die nach dem **NATO-Gipfel im März 1988** herausgegebene Erklärung war ein Echo auf die **Haager Plattform** der WEU vom Oktober 1987, die genau diesen Punkt ansprach und die die Fortschritte im Hinblick auf ein **umfassendes Rüstungskontrollkonzept** bekräftigte.

Meine Damen und Herren, wesentlich ist, daß Europa nicht gestatten sollte, daß seine eigenen lebenswichtigen regionalen Interessen weggewischt werden von globalen Erwägungen. Insbesondere müssen wir im Rahmen einer 50prozentigen Reduzierung der strategischen Flugkörper der USA und der UdSSR weiterhin sicherstellen, daß ein derartiges Übereinkommen keine Restriktionen für die Streitkräfte der westeuropäischen Staaten beinhaltet.

Dieses Beispiel für Bedenken auf westeuropäischer Seite ist symptomatisch für das größere Dilemma, in dem wir uns befinden und dem sich das westliche Bündnis bei „Nachwirkungen" von INF und vielleicht auch bei START gegenüber sieht. Dieses Problem liegt in dem offensichtlichen **Fehlen eines allgemeinen Bündniskonzepts im Hinblick auf die Rolle der nuklearen Waffen.**

Meine Damen und Herren, in den letzten 20 Jahren sind eine große Zahl von Veränderungen in Europa, den Vereinigten Staaten, der UdSSR und in der ganzen Welt eingetreten. Politische, militärische, wirtschaftliche, technologische, soziale und demographische Veränderungen haben zu einer Welt geführt, die ganz anders aussieht als die Welt, für die das Bündnis zunächst seine nukleare Haltung und Doktrin festlegte. Die Palette der Themen, die beim letzten Gipfeltreffen erörtert wurden, ist, für sich gesehen, ein deutlicher Beweis für die Entwicklung in den Ost-West-Beziehungen. Wir müssen jetzt eine Bestandsaufnahme der nuklearen Situation vornehmen, um sicherzustellen, daß die Ost-West-Beziehungen stabil und ausgewogen bleiben. Daher auch der Vorschlag — den wir demnächst hoffentlich diskutieren werden — einen **„nuklearen Harmel-Bericht"** zu erstellen, der die ersten Anfangsprinzipien bekräftigt, indem er die grundlegende Rolle der nuklearen Streitkräfte des Bündnisses überprüft und dann darüber hinaus die spezifischen Systeme untersucht sowie die angestrebte Doktrin und die erforderlichen Kapazitäten, mit denen langfristig die westlichen Abschreckungsziele sichergestellt werden sollen.

Unabdingbarer Bestandteil des zu erstellenden Berichts wäre eine Untersuchung der vielen einzelnen und verschiedenen Rüstungskontrollinitiativen, die jetzt zur Debatte stehen, angefangen von der 50prozentigen Reduzierung des strategischen Offensivpotentials bis zu Verhandlungen über Reduzierungen der konventionellen Streitkräfte und Waffen sowie die Auswirkungen auf die Bündnispolitik und -doktrin.

Was die westeuropäischen Prioritäten betrifft, so sind die ins Auge gefaßten Verhandlungen zwischen den 23 Staaten der NATO und des Warschauer Pakts zur Herbeiführung von größerer Stabilität bei den kon-

ventionellen Streitkräften in Europa vom Atlantik bis zum Ural, wie es in unserem Bericht heißt, von größter Bedeutung angesichts des derzeitigen Ungleichgewichts zugunsten des Ostblocks.

Wir wissen, ein wichtiger Grund für die Instabilität sind die überlegene militärische Präsenz der Sowjets in Europa und ihre Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive. Es steht zu hoffen, daß mit dem INF-Vertrag ein Beispiel geschaffen worden ist, das zur Gewährleistung asymmetrischer Reduzierungen beitragen wird. Es ist zu erhoffen, daß die sowjetische Seite ein ähnliches Vorgehen bei der Reduzierung des konventionellen Bereichs unterstützen wird.

Die nächste Priorität des Bündnisses liegt dann in einer umfassenden Ächtung der chemischen Waffen, worüber wir uns hier schon mehrfach ausführlich unterhalten haben.

Meine Damen und Herren, wie sollte der **praktische Beitrag der WEU zum Rüstungskontrollprozeß** aussehen? An erster Stelle ist zu sagen, daß es kaum mehr als etwa 100 Personen in Europa gibt, die sich mit der Forschung im Bereich der Verifikationstechnologie beschäftigen, einem Bereich, der bereits jetzt von allergrößter Bedeutung für den Erfolg jedes Rüstungskontrollabkommens ist und der sich als noch viel wichtiger im konventionellen Bereich erweisen wird. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der WEU sollten schon jetzt ein **Sofortprogramm für Forschungsarbeit über die Verifikationstechnologie** einleiten, damit Westeuropa bereit ist, auf praktische Art und Weise einen Beitrag zu konventionellen Rüstungskontrollvereinbarungen zu leisten, wenn es dafür an der Zeit ist.

Meine Damen und Herren, zusammengefaßt kann gesagt werden, daß der Moskauer Gipfel Westeuropas Aussichten auf Abrüstung verändert hat. Er hat eine Möglichkeit geboten, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und die spezielle Rolle zu untersuchen, die Westeuropa in Zukunft spielen könnte. Wir dürfen uns diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Der Verteidigungsausschuß bittet Sie, meine Damen und Herren, um Annahme der vorliegenden Empfehlungen. In der Dezember-Sitzung werden wir auf Grund dann vorliegender detaillierter Berichte die Diskussion vertiefen. Die vor uns liegenden Jahre sind eine Bewährungsprobe auch für die Westeuropäische Union. Es wird an uns liegen, in welcher Form und mit welchem Gewicht wir gleichberechtigt in den Entspannungs- und Abrüstungsprozeß der Supermächte eingebunden werden.

Nachdenklich müssen wir feststellen, daß es zu den bisher errungenen Erfolgen durch eine konsequente Haltung der westlichen Bündnispartner gekommen ist — wie beim NATO-Doppelbeschluß — und daß es den Vereinigten Staaten zu danken ist, daß das Problem der Menschenrechte ein fester Bestandteil kommender Abrüstungsgespräche sein wird. Wir sind einen Schritt weitergekommen. Unser Appell gilt dem Ministerrat der Westeuropäischen Union, im engen Schulterschluß mit der Parlamentarischen Versammlung die vor uns liegenden Probleme im europäischen Interesse konstruktiv mitzugestalten.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Wegen der Kürze der Zeit möchte ich lediglich vier Worte des Dankes sagen und eine Bemerkung machen.

Mein erster Dank gilt dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Kittelmann. Er war es, der die Idee hatte, so aktuell zu arbeiten und so aktuell auf das zu antworten, was sich in Moskau ereignet hat, und er setzte diesen Wunsch mit aller Konsequenz weiter durch, als sich zunächst erhebliche Widerstände dagegen innerhalb der Versammlung erhoben.

Mein zweiter Dank gilt dem Kollegen Stoffelen, der es durch eine schnelle Kompromißlösung, die wir buchstäblich auf dieser Bank hier gefunden haben, ermöglicht hat, die Diskussion fortzusetzen und auf diese Weise zu erreichen, daß wir heute nicht nur eine Debatte zum Thema haben, sondern auch eine weitgehende Übereinstimmung feststellen können.

Mein dritter Dank gilt all den Kolleginnen und Kollegen, die gestern mit mir bereit waren, das Wort **„Menschenrechte"** wieder in die Resolution einzufügen, nachdem ein paar Kollegen meinten, man solle das Ganze durch die viel zu schwache Erwähnung der drei Körbe der Konferenz von Helsinki ersetzen. Ich glaube, meine Freunde, über Menschenrechte müssen wir immer sprechen, und hier möchte ich ausnahmsweise dem Kollegen Peter Hardy widersprechen, der meinte, man müsse sorgfältig aufpassen, wo man über die Menschenrechte spricht. Ich bin sicher, Herr Gorbatschow und seine Gruppe werden nicht deswegen den Kampf um die Perestroika verlieren, weil die Versammlung der Westeuropäischen Union die Sowjetunion auffordert, die Menschenrechte zu akzeptieren und zu praktizieren. Ich bin aber ebenso davon überzeugt, daß ein Herausnehmen dieser Forderung nach Erfüllung der Menschenrechte bei den Reaktionären in der sowjetischen Führung ein falsches Signal setzen könnte.

Mein vierter Dank, Herr Präsident, gilt Ihnen, und zwar nicht wegen Ihrer Amtsführung, sondern wegen dem, was Sie eben hier gesagt haben. Sie haben einen meiner alten Wünsche aufgegriffen, daß wir nämlich die **Agenturen** durch dauernd wechselnde Fachleute so aufbauen sollten, daß sie wirklich in der Lage sind, ihre Arbeit zu erledigen. Es sollte nicht so sein, daß jemand, der zum erstenmal pensioniert wird, in der Agentur verharrt, bis er auch zum zweitenmal pensioniert werden kann. Ich glaube, hier sollten wir als Versammlung einmal ein Agenturmodell vorschlagen, das wir den Ministern unterbreiten.

Meine Schlußbemerkung, Herr Präsident: Ich habe vorgestern in der Debatte an einen Beitrag in der „Literaturnaja Gazeta" erinnert. Der Autor dieses Beitrags, Professor Daritschew, ist gestern just zur selben Stunde in der sowjetischen Botschaft in Bonn aufgetreten und hat dort erklärt, daß die alte, bereits von Lenin geprägte Forderung, sozialistische Staaten könnten nur eine begrenzte Souveränität haben und seien letztlich der Sowjetunion unterstellt, zumindest gegenwärtig von der Führung nicht akzeptiert wird, daß diese Forderung also nicht gilt.

Das bedeutet, daß wir in kürzester Frist immer neue wichtige, veränderte Situationen erleben werden — auch einen neuen dynamischen Prozeß —, und daher sollten auch wir zumindest in unserer Arbeit eine Perestroika, also eine Neugestaltung, vornehmen. Wir sollten uns Zeit nehmen, **in jeder unserer Sitzungswochen ein aktuelles Thema zu behandeln,** und nicht nur über Berichte debattieren, die zum großen Teil bereits veraltet sind, bevor sie die Tische dieses Hauses erreicht haben.

Vielen Dank, Herr Präsident.

Frau Dr. Timm (SPD): Herr Präsident! Auch ich begrüße, daß wir heute zum Abschluß dieser Tagung diese Debatte haben können. Der Anlaß, eine dringende Debatte auf die Tagesordnung zu setzen, ist in der Tat der **Abschluß des INF-Vertrages.** Ich bin sehr froh, daß der Ausschuß herangegangen ist, einen Text in Einmütigkeit zu machen. Wir alle werden wahrscheinlich in der Lage sein, diesem Text zuzustimmen.

Dennoch — das hat vielleicht damit etwas zu tun, daß ich relativ neu und unbefangen in diesem Kreise bin — finde ich den Text eigentlich etwas dürftig, und zwar insbesondere den ersten Punkt, in dem gesagt wird: Wir als Versammlung begrüßen, daß ein weiterer Schritt in die richtige Richtung zur Rüstungsbegrenzung gemacht worden ist. Ich meine, das, was in Moskau mit der Unterzeichnung des Vertrages passiert ist, ist etwas **qualitativ** anderes und **etwas Neues.**

Es wird nämlich zum erstenmal nach 40 Jahren Nachkriegszeit von diesem — wie Präsident Reagan sagte — Teufelszeug etwas — aber immerhin — verschrottet. Es wird wirklich abgerüstet. Das ist neu. Ich hätte es sehr gerne gesehen, daß dieses spezifisch Neue, das uns allen ja so viel Hoffnung macht und so viel Impetus gibt, daran zu bleiben, stärker im Text herausgekommen wäre. Aber vielleicht können wir sagen: Es ist auch so gemeint. Ich nehme es an nach all dem, was heute morgen dazu ausgeführt wurde. Es ist qualitativ anders.

Worauf es ankommt, ist — deshalb bin ich glücklich —, daß wir überhaupt einen Text haben und daß wir die Regierungen drängen. Ich meine, wir müßten sie noch mehr bedrängen. Ich hätte auch hier gerne etwas Stärkeres als nur „wir empfehlen den Regierungen". Vielleicht aber reicht es ja, wenn wir uns einig sind, in welcher Weise wir gerade als Parlamentarische Versammlung der WEU den ganz besonderen Auftrag haben, auch für die vielen, vielen Menschen, die unsere Wählerinnen und Wähler sind, drängend zu sagen: Dies wollen wir jetzt im Sinne von mehr europäischer Sicherheit. Denn ich glaube, daß es immer mehr Menschen gibt, denen bei dem Gedanken ganz unbehaglich wird, daß über Sicherheit nur geredet und dann gedacht wird: Es müssen mehr und bessere Waffenarsenale geschaffen werden.

Es ist dabei, umzukippen, daß mehr Waffen unter Umständen mehr Unsicherheit bedeuten. Wir müssen umdenken. Ich glaube, insoweit müßte diese Debatte in den nächsten Sitzungen viel weiter gehen. Aber die Sicherheit ist bei den angesammelten Waffenarsenalen, die auf beiden Seiten da sind, wohl nur zu gewährleisten, wenn beide Seiten gewillt und fähig sind, die Sicherheitsbelange des jeweils anderen anzuerkennen. Das ist ein anderes Denken.

Wenn wir dann über **Menschenrechte** reden, so müssen wir uns, meine ich, davor hüten, dieses wichtige Thema der Menschenrechte in bezug auf Abrüstung sozusagen zu einem erpresserischen „linkage" zu machen. Alles gehört zusammen und nebeneinander. Gestern oder vorgestern hat uns der niederländische Außenminister noch einmal bildhaft deutlich gemacht, daß es um die Troika geht: Wenn das Vertrauen allmählich größer wird, stehen Abrüstung, wirtschaftliche Beziehungen und Menschenrechte nebeneinander. Somit dürfen wir nicht Abhängigkeiten dazwischen, sondern wir müssen den Gesamtkomplex sehen, wenn wir uns in diesem Sicherheitsdenken wirklich gut orientieren wollen.

Ich bin sehr dankbar, daß wir den etwas veränderten Text haben können, um dieses etwas gefährliche „linkage" herauszubringen. Ich denke, daß wir aus dem jetzt vorliegenden Text auch meine Interpretation ziehen können.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Präsident, ich meine, die WEU und insbesondere die Parlamentarische Versammlung haben eine besondere Rolle. Ich bin dankbar, daß wir diese Rolle heute ausfüllen, und ich hoffe, daß wir die Kraft aufbringen, aus dem Moment der qualitativen Änderung dessen, was in Moskau passiert ist, einen neuen Impetus zu entwickeln und unsere Rolle in Europa zu spielen, um wirkliche Abrüstung voranzutreiben. Es glaubt uns doch keiner unserer Wähler mehr, daß ein derartiges Overkill, das auf beiden Seiten tatsächlich vorhanden ist, strategisch wichtig und notwendig ist, um den Frieden zu erhalten. Wir müssen diese Fragen weiter miteinander bereden.

Vielen Dank, daß Sie mir zugehört haben.

Kittelmann (CDU/CSU): Ich darf den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses und den Diskussionsrednern nur einen herzlichen Dank sagen. Da wir diese Debatte fortsetzen werden, glaube ich, daß ich jetzt nicht im einzelnen darauf einzugehen brauche. Ich unterstütze den Beitrag von Herrn Reddemann voll, der, glaube ich, auch von Herrn Stoffelen und vom Haus geteilt wird, daß wir uns in Zukunft bemühen sollten, **in jeder Versammlung zu einem aktuellen Ereignis zu reden.** Dafür, daß dies heute möglich war, möchte ich dem Präsidium, den Mitgliedern des Hauses und dem Verteidigungsausschuß danken. Ich darf mich auch beim Sekretariat, bei Herrn Cameron, dafür bedanken, daß er bei der Vorbereitung in so hervorragender Weise geholfen hat.

Schönen Dank.

Empfehlung 460

betr. Abrüstung

Die Versammlung,

(i) *begrüßt* das vor kurzem in Moskau abgehaltene Gipfeltreffen zwischen den Führern der Vereinig-

ten Staaten und der Sowjetunion als einen weiteren Schritt in Richtung Rüstungsbegrenzung;

(ii) *begrüßt* die Ratifizierung des INF-Vertrages durch den amerikanischen Senat (wie in der von der Versammlung am 2. Dezember 1987 verabschiedeten Entschließung 77 empfohlen) sowie durch den Obersten Sowjet der UdSSR;

(iii) *ist enttäuscht* darüber, daß ein bilaterales Abkommen über Begrenzungen der strategischen Waffensysteme nicht rechtzeitig für das Gipfeltreffen fertiggestellt werden konnte; ist aber trotzdem davon überzeugt, daß eine solide Grundlage für ein solches Abkommen, welches wirksame Verifizierungsmaßnahmen miteinschließt, besteht und daß ein solches Abkommen als äußerst wichtig zu betrachten ist;

(iv) *erinnert* daran, daß der Rat in Den Haag erklärt hat, daß die Westeuropäische Union eine aktive Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik fortsetzen will unter „Nutzung aller Möglichkeiten für weitere Fortschritte im Hinblick auf eine Rüstungsverringerung, die mit unserer Sicherheit und unseren Prioritäten vereinbar ist", und stimmt dieser Erklärung zu;

(v) *ist* davon *überzeugt,* daß die europäischen Staaten und besonders die Mitglieder der Westeuropäischen Union einen substantiellen Beitrag zum Prozeß der Rüstungskontrolle leisten sollten;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. weiterhin auf eine frühestmögliche Eröffnung der Verhandlungen über konventionelle Stabilität mit dem Schwerpunkt auf asymmetrischen Reduzierungen bei den konventionellen Streitkräften und Waffen vom Atlantik bis zum Ural und auf Fortschritte bei allen drei Körben der KSZE, insbesondere bei den Menschenrechten zu drängen, um somit einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Verständigung in der Welt zu leisten;

2. nachdrücklich für ein wirksam verifizierbares bilaterales Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, in dem eine mindestens 50%ige Reduzierung der strategischen Flugkörper vorgesehen werden sollte, einzutreten;

3. anhand der in der Haager Plattform festgesetzten Grundsätze die europäischen Sicherheitsinteressen im Rahmen der Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle festzuschreiben und zu wahren;

4. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu drängen, dringende Forschungsarbeiten im Bereich Verifizierungstechnologie einzuleiten, damit Westeuropa in die Lage versetzt wird, einen praktischen Beitrag zu Rüstungskontrollvereinbarungen im konventionellen Bereich zu leisten;

5. Überlegungen und Arbeit der WEU-Agentur im Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle eng miteinzubeziehen und damit sicherzustellen, daß die von der Agentur für Rüstungskontrolle erworbenen beträchtlichen Fachkenntnisse und Erfahrungen nicht übergangen und gerade zu dem Zeitpunkt, wo Fragen wie die Verifizierung höchste Bedeutung erlangen, als überflüssig zur Seite gelegt werden, sowie die Agentur anzuweisen, u. a.

   a) Voraussetzungen für die konventionelle Abrüstung zu prüfen, welche den europäischen Sicherheitserfordernissen Rechnung tragen;

   b) Verfahren zur Verifizierung der Abrüstung im konventionellen und chemischen Bereich zu unterstützen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten, Gianni Manzolini

(Themen: Auswirkungen des Moskau-Gipfels auf Europa — Beitrag der WEU zur Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des Atlantischen Bündnisses — Verteilung der Verteidigungslasten — Umstrukturierung der WEU)

Tagesordnungspunkt:

Änderung und Auslegung der Geschäftsordnung

(Drucksache 1133)

Berichterstatter: Abg. Sir Geoffrey Finsberg (Vereinigtes Königreich)

Tagesordnungspunkt:

Die Auswirkungen der Tätigkeiten der Versammlung der WEU auf die Parlamente und die Öffentlichkeit

(Drucksache 1135)

Berichterstatter: Abg. Chénard (Frankreich)

(Themen: Sonderaktion zur Information der Parlamente — Weiterverfolgung der Arbeiten der Versammlung durch Abgeordnete und Ausschüsse in den nationalen Parlamenten)

Richtlinie 71

betr. die Auswirkung der Tätigkeiten der Versammlung der WEU auf die Parlamente und die Öffentlichkeit

Die Versammlung,

(i) *verweist* auf die Richtlinie 44 sowie die Entschließung 78;

(ii) *begrüßt* die vom Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit durchgeführte Sonderaktion der Information in den Parlamenten aller Mitgliedstaaten;

(iii) *ist* jedoch *besorgt* darüber, daß es weiterhin schwierig ist, eine angemessene Weiterverfolgung der Arbeiten der Versammlung in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, selbst in einer Zeit, wo die Bedeutung der WEU wächst;

WEIST IHREN AUSSCHUSS FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN PARLAMENTEN UND ZUR ÖFFENTLICHKEIT AN,

1. durch die Herstellung von Kontakten zu den nationalen Delegationen sicherzustellen, daß die in den nationalen Parlamenten für die Behandlung von WEU-Angelegenheiten zuständigen Ausschüsse den Berichten der Versammlung größere Aufmerksamkeit schenken;
2. in ständiger Zusammenarbeit mit den nationalen Delegationen mehr Abgeordnete zu ermutigen, in ihren Parlamenten das Wort zu ergreifen auf der Grundlage von Entschließungen und Empfehlungen, die die Versammlung verabschiedet hat;

FORDERT ALLE IHRE AUSSCHÜSSE AUF,

1. Artikel 39 (2) der Geschäftsordnung der Versammlung strikt zu befolgen, indem sie Maßnahmen prüfen, die zur Verwirklichung der von der Versammlung auf der Grundlage von Ausschußberichten angenommenen Empfehlungen und Entschließungen ergriffen wurden;
2. ihre Berichte so auszuarbeiten, daß sie in Debatten auf nationaler Ebene ohne Schwierigkeiten verwendet werden können.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333